

Programm

- beschlossen auf dem Landesparteitag der CDU am 28. Mai 1983

Bremens Zukunft meistern



CDU-Landesverband Bremen
Am Wall 135 · 2800 Bremen 1
Telefon (04 21) 31 02 24 <17 02 24>

...mit einer starken



MP 2210 BRE

PRÄAMBEL	3
I. Sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze durch bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik	5
1. Das ist die Lage	5
2. Das wollen wir tun	6
2.1 Verbesserung des Investitionsklimas und der Wirtschaftsstruktur	6
2.2 Stärkung des Mittelstandes	7
2.3 Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen	7
2.4 Erhaltung der Werft-, Stahl-, Fischerei-, Luft- und Raumfahrtindustrie	8
2.5 Ergänzende Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit	9
2.6 Schaffung von Ausbildungsplätzen	10
2.7 Sanierung der Finanzen	10
II. Bessere Bildung und Ausbildung für unsere Jugend	11
1. Auftrag der Schule: Bildung und Erziehung	11
2. Folgen der Stufenschule	11
3. Bessere Schulen für unsere Kinder	12
4. Bessere berufliche Bildung	15
5. Stärkung der beruflichen Weiterbildung	16
6. Für eine leistungsfähige Universität	16
III. Mehr tun für eine menschliche Umwelt	17
1. Mehr Schutz für unsere Umwelt	17
1.1 Weniger Lärm	18
1.2 Reines Wasser	18
1.3 Saubere Luft	19
1.4 Umweltfreundliche Abfallbeseitigung	19
1.5 Mehr Schutz von Natur und Landschaft	19
2. Wahrnehmung der sozialen Verantwortung	20
2.1 Stärkung der Familie	20
2.2 Bessere Chancen für die Jugend	20
2.3 Mehr Eigenständigkeit im Alter	20
2.4 Mehr Humanität im Gesundheitswesen	21
2.5 Bessere Integration der Behinderten	22
IV. Mehr Sicherheit für unsere Bürger	22
1. Schutz vor zuviel Staat und Bürokratie - Beendigung der Parteibuchwirtschaft	22
2. Verbesserung des Rechtsschutzes	23
3. Schutz vor Verbrechen	23
4. Wehrhafte Demokratie	24
V. Einsparungsvorschläge für die öffentlichen Haushalte im Lande Bremen	24
VI. Einzelthemen	27
VII. Stichwortverzeichnis	45

PRÄAMBEL

Am 6. März 1983 haben die Wähler in der Bundesrepublik Deutschland eine politische Grundsatzentscheidung zugunsten der CDU gefällt. Die Regierung Helmut Kohl hat die wichtigen politischen Herausforderungen der achtziger Jahre entschlossen angepackt:

- Arbeit zu schaffen und soziale Gerechtigkeit für alle wiederherzustellen,
- Frieden und Freiheit zu sichern,
- das Ziel der deutschen und der europäischen Einheit entschieden zu verfolgen,
- eine Gemeinschaft mit menschlichem Gesicht zu verwirklichen.

Am 25. September 1983 wählen die Bremer und Bremerhavener eine neue Bürgerschaft. Auch diese Wahl ist für die Freie Hansestadt Bremen von größter, ja existentieller Bedeutung. Sie entscheidet darüber, ob die beiden Städte Bremen und Bremerhaven zum Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland werden oder ob durch eine andere Politik auch hier wirtschaftlicher Aufschwung, solide Finanzpolitik, soziale Gerechtigkeit, freiheitliche Schul- und Hochschulpolitik eine wirkliche Chance erhalten.

Das kleine Bundesland Bremen befindet sich im Hinblick auf Wirtschaft und Finanzen in einer dramatischen Entwicklung, seine Eigenständigkeit und Selbständigkeit kommen in Gefahr. Die SPD hat in langjähriger Herrschaft das einstmals blühende Bundesland heruntergewirtschaftet. In keinem anderen Bundesland ist die Arbeitslosenquote so hoch. Nirgends hat der Staat seinen Bürgern so viele öffentliche Schulden aufgebürdet. Nirgends hat die Bildungspolitik einen so miserablen Ruf. Nirgends tritt die Unfähigkeit der Regierenden, etwas zu ändern und zu bessern, so offen zutage. Wie in Bonn hat die SPD auch in Bremen versagt. Weder in Bonn noch in Bremen konnte und kann die SPD mit Geld und mit der Wirtschaft umge-

hen. Und genau wie in Bonn kann die Wende von einer verhängnisvollen hin zu einer anderen, besseren Politik auch in Bremen nur mit der CDU und durch die CDU gelingen.

Bremen ist mehr denn je auf Bonn angewiesen. Bremen kann nur gemeinsam mit Bonn die Probleme meistern. Nicht gegen die Bundesregierung, sondern nur durch bundesfreundliches Verhalten kommt das kleinste Bundesland weiter. In Bonn ist die Union mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Gerhard Stoltenberg der dominierende Teil der Bundesregierung. Hier braucht Bremen ein starkes politisches Sprachrohr. Dies kann nur die Bremer CDU sein. Ohne die Bremer CDU wird in Bonn für Bremen nichts laufen. Je stärker die CDU in Bremen ist bzw. wird, desto stärkeres Gewicht hat sie in der Bundes-CDU und gegenüber der Bundesregierung. Eine starke CDU in Bremen, also ein Erfolg der CDU bei der Bürgerschaftswahl, liegt daher im bremischen Gesamtinteresse. Bremen braucht eine starke CDU, damit in Bonn mit Durchsetzungskraft und Engagement für die Erhaltung Tausender Arbeitsplätze im kleinsten Bundesland möglichst viel getan werden kann.

Die CDU tritt für eine dynamische, zukunftsorientierte Politik ein, die den hanseatischen Wagemut wiederbelebt, die persönliche Initiative für Bremen nutzbar macht und eine große gemeinsame Anstrengung mobilisiert. Sie vereint als moderne Volkspartei Frauen und Männer aus allen Schichten, Gruppen und Berufen. Ihre Politik will dem Wohle aller und nicht nur Teilen unserer Bevölkerung dienen. Sie will überall in Deutschland eine freiheitlich-demokratische, rechtsstaatliche und sozial gerechte menschliche Ordnung. Sie orientiert ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung. Sie will Wirtschaftspolitik auf der Grundlage der

Sozialen Marktwirtschaft. Sie garantiert die durch eigene Leistung erworbenen Ansprüche. Sie will die sozialen Hilfen denen geben, die sie wirklich brauchen. Sie will mehr Eigeninitiative und weniger Staat. Sie vertraut auf den Bürgersinn und weiß, daß Solidarität, Risikobereitschaft und Verantwortung für das Ganze unverzichtbare Tugenden einer freiheitlichen Gesellschaft sind.

Die CDU will eine überschaubare und menschliche Gestaltung des persönlichen Lebensraums. Sie wehrt sich gegen eine Gesellschaft, in der Kinder ihren Eltern entfremdet und durch Mammutschulen geschleust werden. Sie will menschliche und familiengerechte Wohnungen und keine menschenfeindlichen Wohnsilos. Sie will einen starken

Rechtsstaat, der den inneren Frieden auf der Grundlage von Rechtssicherheit und sozialer Gerechtigkeit sichert.

Die CDU bekennt sich zur Tradition des Landes Bremen und tritt für seine Selbständigkeit ein. Sie vertraut auch in Zukunft auf die Tüchtigkeit der Menschen in Bremen und Bremerhaven, die in einer großen Gemeinschaftsleistung die Trümmer des Krieges beseitigt und ein blühendes Gemeinwesen aufgebaut haben.

Bremen braucht um seiner Zukunft willen eine starke CDU. Wir wollen, daß es auch in Bremen und Bremerhaven wieder aufwärts geht. Darum bitten wir unsere Mitbürger um ihre Mithilfe und ihr Vertrauen.

I. Sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze durch bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik

1. Das ist die Lage

Die Arbeitslosenquote war in Bremen 1975 deutlich geringer als im Bundesgebiet, 1982 lag sie erheblich über dem Bundesdurchschnitt. Die Schere öffnet sich immer weiter zuungunsten Bremens. Seit 1975 gab es in Bremen und Bremerhaven über 1 000 Konkurse und Vergleiche. Die Zahl der industriellen Arbeitsplätze verringerte sich von 1975 bis 1982 um 12 000 auf 85 000. In den letzten zehn Jahren sind über 600 Betriebe aus diesem Bundesland abgewandert. Damit gingen Tausende von Arbeitsplätzen verloren. Die bremische Wirtschaftsentwicklung blieb weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Der Anteil der Problembranchen wie Schiffbau-, Stahl-, Fischerei-, Luft- und Raumfahrtindustrie ist überdurchschnittlich hoch. In diesen Wirtschaftszweigen arbeiten im Lande Bremen 38,4 % aller in der Industrie Beschäftigten (Bundesdurchschnitt 5,5%). Die Beschäftigtenzahl auf den Werften in Bremen und Bremerhaven ist 1975/80 von 21 100 auf 14 150 zurückgegangen. Die deutsche Stahlindustrie befindet sich seit 1975 in einer Strukturkrise, die durch konjunkturelle Einbrüche verschärft worden ist. Tausende von Arbeitsplätzen der Bremer Klockner-Hütte sind gefährdet. Die deutsche Hochseefischerei hat unter politischen Fehlentwicklungen zu leiden. Auch nach der Anfang 1983 erzielten Einigung über eine europäische Fischereiregelung müssen noch eine Reihe wichtiger Probleme, so die Folgen des drohenden Austritts Grönlands aus der EG, gelöst werden. Der weltweite Rückgang des Verkaufs von Flugzeugen gefährdet auch die Arbeitsplätze in der Bremer Luftfahrtindustrie.

Die Einwohnerzahl ist von 1970 bis 1982 von 736 000 auf 691 000 abgesunken. Insbesondere einkommensstarke Familien verlassen Bremen, um sich im niedersächsischen Umland ein Eigenheim zu bauen. Eine Folge des Einwohnerrückgangs sind niedrigere Steuereinnahmen, der jährliche Steuerausfall beträgt etwa 3 000 DM für jeden abgewanderten Einwohner.

Die Finanzpolitik des Landes ist unsolid und gefährdet seine Selbständigkeit. Bremen hat mit 12 534 DM Ende 1983 die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Bundesländer. Die Gesamtverschuldung ist seit 1975 um 180 Prozent angestiegen. Nach den Plänen der SPD sollen die jetzt schon vorhandenen Schulden von fast 8 Mrd. DM in den nächsten vier Jahren auf über 10 Mrd. DM ansteigen. Der Anteil der Investitionen

am Haushalt ist dagegen seit 1975 stark rückläufig. Er fiel von 1975 bis 1983 von 25,8 Prozent auf 10,6 Prozent, gemäß Finanzplan soll er bis 1987 auf 9,9 Prozent absinken. Die Ausgaben für den Schuldendienst werden 1984 dreimal so hoch sein wie die Investitionen. Ab 1983 werden die neu aufgenommenen Kredite nicht einmal mehr ausreichen, die Zinsen für die alten Schulden zu bezahlen.

2. Das wollen wir tun

2.1 Verbesserung des Investitionsklimas und der Wirtschaftsstruktur

Die CDU wird durch eine klare und beständige Wirtschaftspolitik nach den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft ein investitions- und ansiedlungsfreundliches Klima schaffen. Das ist die Grundlage für die Entscheidung von Unternehmen, zu investieren oder sich im Lande Bremen anzusiedeln, um damit bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wirtschaftspolitik darf sich nicht nur darauf beschränken, Großunternehmen bei Existenzkrisen zu helfen; sie muß die Förderung ansässiger, gesunder Betriebe zum Schwerpunkt haben. Die CDU wird mit der Bremer Wirtschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Schwerpunkte der CDU-Politik sind:

- Durchsetzung eines von den vier norddeutschen Ländern gemeinsam getragenen **Strukturprogramms** mit dem Schwerpunkt „Küste“ beim Bund, damit unter anderem die großflächigen Gewerbe- und Industriegebiete Nieder- und Luneplatt erschlossen werden können,
- Verbesserung der Zusammenarbeit mit Niedersachsen zur Förderung des Wirtschaftsraums Unterweser; bessere Abstimmung der Verkehrspolitik, der Wirtschaftspolitik (Abwehr von Verbrauchermärkten) und anderer Fragen gemeinsamen Interesses zwischen Bremen und Bremerhaven und den niedersächsischen Umlandgemeinden,
- Schaffung von Arbeitsplätzen durch ein - auch stadtteilbezogen - ausreichendes

Angebot erschlossener Gewerbeflächen zu attraktiven Preisen für unterschiedliche Betriebsgrößen, hierbei sind mittelständische Betriebe bevorzugt zu berücksichtigen,

- Einfrieren der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer für die nächste Legislaturperiode,
- Verbesserung des Finanzausgleichs Bremen/Bremerhaven durch gleiche Einwohnerbewertung in den beiden Stadtgemeinden,
- Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten der neugegründeten Wirtschaftsförderungsgesellschaft durch Überführung städtischer Grundstücke in einen Grundstücksfond dieser Gesellschaft und deren Ausstattung mit ausreichenden Kompetenzen einschließlich der entsprechenden Finanzmittel,
- Straffung der Entscheidungsabläufe in den Behörden bei Ansiedlungs- und Umsiedlungsmaßnahmen,
- Abbau von Investitionseinschüchternissen durch Vereinfachung und drastische Reduzierung von Gesetzen und Verordnungen sowie deren unbürokratische Anwendung,
- Belebung des Arbeitsmarktes im Baubereich durch stärkere staatliche Hilfen und Investitionen, insbesondere durch Förderung des Erwerbs von Wohneigentum durch Arbeitnehmer mit kleinem und mittlerem Einkommen, Förderung des Wohnungsbaus durch Beschleunigung des Baugenehmigungsverfahrens, Abbau von Vorschriften, schnellere und vermehrte Erstellung von Bauleitplänen und damit Bereitstellung von Bauland, Erschließung von Wohn- und Gewerbeflächen, Schaffung von Wohnraum durch zusätzliche Wohnungsbauprogramme, vor allem für kinderreiche Familien und Alleinlebende, Modernisierung von Wohnungen und Sanierung alter Stadtteile,

- Verbesserung der Attraktivität Bremens und Bremerhavens als führende Zentren im Unterweserraum durch Verbesserung der kommunalen Infrastruktur, insbesondere durch

Stärkung des Einzelhandels,

Abwehr von Verbrauchermärkten durch vertragliche Vereinbarungen der beiden Städte mit den niedersächsischen Umlandgemeinden,

Förderung des Fremdenverkehrs und des Tagungswesens,

Verbesserung der Verkehrsanbindung beider Städte und ihrer Einkaufszentren,

Verbesserung der Parkmöglichkeiten in beiden Städten durch zusätzliche Parkflächen sowie Abschaffung von Parkuhren und Einführung von Parkscheiben,

Überarbeitung des Flächennutzungsplans für die Stadt Bremen mit dem Ziel, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohn- und Arbeitsstätten bzw. Gemeinschaftseinrichtungen zu erreichen,

Beendigung des Planungswirrwahrs in der bremischen Verkehrspolitik,

gleichrangige Förderung des Individual- und des öffentlichen Personennahverkehrs,

Verbesserung des Straßenbahn- und Busnetzes, Schaffung eines attraktiven Park-and-Ride-Systems, Ausbau des Nahverkehrsverbundes mit der Deutschen Bundesbahn,

Verbesserung des Radwegenetzes, vor allem im Innenstadtbereich,

- Verstärkung öffentlicher und Anregung privater Investitionen vorrangig dort, wo durch sie „Arbeitsplätze von morgen“ geschaffen oder erhalten werden, insbesondere auch durch

Ausbau der Fernwärmenetze,

Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung,

Verkabelung zur Nutzung neuer Medien,

Ausbau der außeruniversitären Forschung,

- Bemühungen um Ansiedlung von Betrieben aus Drittländern, die an Produktionen und Dienstleistungen in der Europä-

ischen Gemeinschaft interessiert sind, um so den Markt von 260 Millionen Verbrauchern zu nutzen und die Außen-schranken der EG zu überwinden.

2.2 Stärkung des Mittelstandes

Für die CDU ist die Mittelstandspolitik ein Kernstück ihrer wirtschaftspolitischen Konzeption zur Erhaltung und Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes Bremen. Denn über 95 Prozent aller Betriebe in Bremen und Bremerhaven sind dem Mittelstand zuzurechnen, etwa 60 bis 70 Prozent aller Arbeitnehmer werden in kleinen und mittelständischen Unternehmen beschäftigt. Außerdem stellt der Mittelstand rund 85 Prozent aller Ausbildungsplätze. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß diese Unternehmen risikobereiter, weniger krisenanfällig sind und seltener der Hilfe des Staates bedürfen; gerade sie können flexibel auf die Anforderungen des Marktes reagieren.

Die im Abschnitt 2.1 aufgeführten Maßnahmen kommen in ihrer Wirkung auch dem Mittelstand zugute. Zusätzlich wird die CDU folgende Maßnahmen einleiten:

- Unterstützung für altansässige Bremer Unternehmen bei Standortproblemen aufgrund veränderter Verkehrs- und Siedlungsstrukturen,
- chancengerechte Berücksichtigung Bremer Unternehmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge,
- Verstärkung der landeseigenen Innovationsförderung in Ergänzung zu Bundesprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen,
- Verabschiedung eines Landes-Mittelstandskreditprogramms sowie eines Programms zur Förderung der Gründung und des Ausbaues von Existenzen, beispielsweise durch analoge Anwendung von Bausparmodellen.

2.3 Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der Häfen

Die Häfen sind auch in Zukunft ein zentraler Bereich der bremischen Wirtschaft. Die Selbst-

ständigkeit Bremens als Bundesland ist im wesentlichen in der Wahrnehmung der nationalen Hafen- und Schifffahrtsaufgaben für die Bundesrepublik Deutschland begründet. Jeder dritte Arbeitsplatz im Lande Bremen hängt direkt oder indirekt mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den Häfen zusammen.

Die CDU wird folgende Ziele in der mittelfristigen Finanzplanung absichern:

- ausreichende Erneuerungs- und Sanierungsinvestitionen für die Hafenanlagen in Bremen und Bremerhaven,
- Ausbau des Gewerbegebietes im Fischereihafen in Bremerhaven,
- Sanierung der Kaiserschleuse und der Nordschleuse in Bremerhaven.

Die Leistungsfähigkeit der bremischen Häfen hängt entscheidend ab von der Qualität der Verkehrswege und der Wasserstraßen in der Bundesrepublik Deutschland, wofür der Bund zuständig und verantwortlich ist. Die CDU wird sich in Bonn und in Brüssel dafür einsetzen, daß nicht durch verkehrspolitische Entscheidungen die ohnehin geographisch bedingten Nachteile gegenüber den Benelux-Häfen zusätzlich verstärkt werden.

Die CDU wird sich darüber hinaus beim Bund dafür einsetzen, daß folgende Maßnahmen verwirklicht werden:

- Schaffung einer Schiffswendestelle in Höhe des Bremer Vulkan (Unterweser-Kilometer 20,3),
- Schließung der Weserradarkette von der Hunte-mündung bis in die stadtbremischen Häfen,
- Sanierung des Weserwehrs,
- Anpassung der Mittelweser an das Europa-Schiff (1.350 tons, Abladetiefe 2,50 m),
- Anbindung der Neustädter Häfen an das Bundesautobahnnetz.

Schifffahrtspolitik, s. Einzelthemen S. 39

2.4 Erhaltung der Werft-, Stahl-, Fischerei-, Luft- und Raumfahrtindustrie

Für die CDU ist die Schiffbauindustrie in Bremen und Bremerhaven unverzichtbar.

Ihre Erhaltung ist eine nationale Aufgabe. Denn die Bundesrepublik Deutschland hat eine Spitzenstellung im Welthandel. Sie ist größter Exporteur der Europäischen Gemeinschaft. Versorgungssicherheit und Verteidigungsauftrag verlangen, daß die Bundesrepublik Deutschland im Weltschiffbau technologisch und quantitativ angemessen beteiligt bleibt. Hierbei haben Bremen und Bremerhaven eine besondere Rolle wahrzunehmen. Die Schiffbauindustrie ist eine Schlüsselindustrie des kleinsten Bundeslandes. Daher müssen beide Städte als Wertstandorte erhalten bleiben. Solange protektionistische Maßnahmen auf internationaler Ebene nicht beseitigt worden sind, müssen staatliche Hilfen zur Sicherung der Wettbewerbsgleichheit von Werften und Reedereien erfolgen.

Die Bremer CDU setzt sich im einzelnen für folgende Ziele ein:

- Forderung an die Anteilseigner, Vorstände und Aufsichtsräte, tragfähige Konzepte für die Fortführung der Unternehmen vorzulegen,
- Beibehaltung des bisherigen Schifffahrtförderungsprogramms mit Schiffbauzuschüssen an deutsche Reeder in Höhe von 12,5 Prozent,
- Gewährung einer Exportauftragshilfe von 10 Prozent,
- Unterstützung der Werften bei der Entwicklung neuer Produkte im Schiffbau und anderer für die Werften geeigneter Produkte,
- Erhaltung des Marineschiffbaues,
- Gründung und Errichtung eines nationalen Schiffbauforschungsinstituts mit Sitz in Bremen oder Bremerhaven.

Für die Bremer CDU ist die Erhaltung des Stahlstandortes Bremen unverzichtbar. Die Bremer Klockner-Hütte ist eines der modernsten Stahlwerke Europas. Sie hat sich zu einem bedeutenden Faktor für den Bremer Arbeitsmarkt, die Hafenwirtschaft und zu einem bedeutenden Steuerzahler für das Land Bremen entwickelt.

Die von der EG-Kommission festgelegten Produktionsquoten benachteiligen die

Klockner-Hütte, sie sind unververtretbar und behindern den technologischen Fortschritt in der Stahlindustrie. Die Bremer CDU verlangt die Aufhebung der gegen Klockner verhängten Bußgelder und fordert die Bundesregierung auf, keine Vollstreckungshilfe zu leisten.

Die Bremer CDU lehnt eine Benachteiligung der Klockner-Hütte im Zusammenhang mit der Neuordnung der deutschen Stahlindustrie ab. Sie setzt sich darüber hinaus für die baldige Realisierung der geplanten Kohlevergasungsanlage ein, die nicht nur neue Arbeitsplätze, sondern auch zusätzliche Exportchancen eröffnet.

Die Hochsee- und Küstenfischerei ist eine wichtige Stütze der deutschen Grundstoff- und Nahrungsmittelindustrie. Aus arbeitsmarktpolitischen und volkswirtschaftlichen Gründen setzt die CDU sich im einzelnen für folgende Ziele ein:

- Erhalt der Kernflotte der deutschen Hochseefischerei,
- Sicherung der bedeutenden Fischfangplätze für die deutsche Hochseefischerei durch entsprechende Verhandlungen mit Grönland,
- Abschluß langfristiger Abkommen mit Norwegen und Färöer über Fangquoten,
- Verhandlungen mit Island mit dem Ziel, den isländischen Importeuren weiterhin Marktzugang zu den deutschen Auktionsplätzen zu gewähren und zugleich für deutsche Trawler und Fabrikschiffe eine angemessene Fangquote zu erhalten,
- Sicherung der Fangplätze vor Kanada und der USA für den Einsatz der Vollfroster,
- Stärkung der Bremerhavener Kutterfischerei.

Die Luft- und Raumfahrtindustrie ist als technologisch hochstehender und innovationstüchtiger Bereich eine besonders wichtige Industrie im nationalen und regionalen Rahmen. Deshalb muß die Bedeutung des Unternehmensstandortes Bremen von MBB/VFW/ERNO erhalten werden. Dazu

sind Leitungs- und Führungsfunktionen in Bremen abzusichern.

Für den Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie unterstützt die Bremer CDU folgende Ziele:

- Erweiterung und Ausbau der Airbus-Familie,
- Verhinderung einer Reduzierung des deutschen Anteils am Airbus-Programm,
- Erstellung eines mittel- bis langfristigen Konzepts der Bundeswehr für Flugzeuge und Flugkörper,
- Ausbau der bemannten Raumfahrt (Orbitalsysteme, Spacelab) mit den europäischen und amerikanischen Partnern,
- Ausbau der Nachrichtensatellitensysteme und -technologien,
- Erweiterung der Transportsysteme (ARIANE).

2.5 Ergänzende Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit

Wirtschaftswachstum ist die wichtigste Voraussetzung, um mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen zu können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind verstärkt private und öffentliche Investitionen notwendig. Allein jedoch wird das zu erwartende Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Deshalb müssen folgende ergänzende Maßnahmen ergriffen werden:

- Anreiz und Förderung von Maßnahmen zur Arbeitszeitverkürzung mit dem Schwerpunkt der Reduzierung der Lebensarbeitszeit,
- Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen,
- Abbau regelmäßig anfallender Überstunden,
- Einschränkung der Leiharbeit,
- schärfere Bekämpfung der Schwarzarbeit,
- Anreize zur Einstellung alterer und behinderter Arbeitnehmer,
- verstärkte Nutzung der von der neuen Bundesregierung bereitgestellten Mittel

für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, insbesondere auch zur Vermittlung jugendlicher in berufsqualifizierende Tätigkeiten,

- weiterer Ausbau des Programms zur Förderung benachteiligter Jugendlicher

2.6 Schaffung von Ausbildungsplätzen

Auch für die Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze ist der wirtschaftspolitische Kurswechsel notwendige Voraussetzung. Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen ist in erster Linie Aufgabe der privaten und öffentlichen Unternehmen. Solange diese Aufgabe nicht erfüllt wird, ist anzustreben, daß die betriebliche und überbetriebliche Ausbildung auf der Grundlage eines kontinuierlichen Lastenausgleichs zwischen den Betrieben in Eigenverantwortung finanziert wird. Daneben sind durch verstärkte Kooperation von Betrieben, die allein nicht ausbilden können, die Voraussetzungen zu schaffen, daß auch diese Unternehmen Ausbildungsplätze anzubieten in der Lage sind.

Ausbildungshilfen müssen dort angeboten werden, wo Betriebe ihre Kapazitäten in einem Überlast-Ausbildungsprogramm einsetzen oder wo die Ausbildung bestimmter Gruppen erleichtert werden kann. Das gilt insbesondere für

- Mädchen in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen,
- ausländische Jugendliche,
- Jugendliche ohne Hauptschulabschluss und Sonderschulabgänger,
- Auszubildende aus Konkursbetrieben bzw. stillgelegten Betrieben.

Darüber hinaus müssen Land und Stadtgemeinden im öffentlichen Dienst und in ihren Eigen- und Beteiligungsgesellschaften mehr Ausbildungsplätze als bisher bereitstellen.

Die CDU will eine Novellierung des Jugendarbeitschutzgesetzes mit dem Ziel der Beseitigung ausbildungshemmender Vorschriften, ohne den gesundheitlichen Schutz der Jugendlichen einzuschränken.

2.7 Sanierung der Finanzen

Die CDU will über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Sozialstaat.

Deshalb müssen die zerrütteten Finanzen des Landes Bremen und der beiden Städte konsolidiert werden.

Eine solide Finanz- und Haushaltspolitik auch in Bremen ist Voraussetzung für den wirtschaftlichen Aufschwung, für mehr öffentliche Investitionen und damit für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Die bisherige unsolide Finanzpolitik des SPD-Senats ist ein entscheidendes Hindernis für die im Grundsatz berechnete Forderung Bremens nach Berücksichtigung bei den Bundesergänzungszuweisungen, für deren Durchsetzung sich die Bremer CDU dennoch massiv einsetzt.

Die CDU will ein solides finanzwirtschaftliches Fundament wiederherstellen. Dafür sind die konsequente Senkung der Schuldenlasten und die Beseitigung der strukturellen Haushaltsdefizite notwendig. Nur so kann der politische Handlungsspielraum wiedergewonnen werden. Die Haushaltsstruktur muß dahingehend verändert werden, daß der Anteil der investiven Ausgaben zu Lasten der konsumtiven Ausgaben schrittweise erhöht wird.

Eine die Wirtschaft- und Steuerkraft Bremens verbessernde Erhöhung der Investitionen im öffentlichen Haushalt kann neben dem notwendigen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, der zur Verbesserung der Einnahmen führt, nur durch Einsparung an anderen Stellen erreicht werden. Die CDU will daher

- drastische Verminderung der Verwaltungskosten der Behörden durch Beseitigung von Bürokratismus,
- Entlastung der öffentlichen Hand durch verstärkte Förderung und Inanspruchnahme freier und privater Träger,
- Abschaffung unnötiger staatlicher Tätigkeiten,
- langfristige Senkung des Anteils der Personalkosten am Haushalt, ohne jedoch flexible Reaktionen auf unabwiesbaren Bedarf (etwa bei Lehrern oder Polizeibeamten) auszuschließen.

Einsparungsvorschläge s. Kapitel V, S. 24

II. Bessere Bildung und Ausbildung für unsere Jugend

1. Auftrag der Schule: Bildung und Erziehung

Bildung prägt den Menschen. Sie muß die individuellen geistigen Anlagen und praktischen Fähigkeiten fördern und entfalten. Bildung muß den jungen Bürger in die menschliche Gesellschaft einführen und ihn mit ihren Aufgaben, Erwartungen und Grenzen vertraut machen.

Die Schule soll Wissen vermitteln und das Lehnen lehren. Sie soll erziehen, und zwar mit den Eltern und nicht gegen sie. Dieser Auftrag ist durch das Grundgesetz und die Landesverfassung vorgegeben. Erziehung muß von den grundlegenden Werten unserer Kultur getragen sein, insbesondere vom Bekenntnis zur Familie, von der Verantwortung für den Nächsten, dem Gefühl für Gerechtigkeit, der Achtung vor dem Gesetz sowie der Bejahung und Verteidigung des demokratischen Staates. Wertorientierte Bildung und Erziehung sind dabei ohne Vorbilder nicht zu denken. Toleranz, Gerechtigkeit, Gemeinsinn, demokratisches Verhalten und Leistungsbereitschaft müssen von den Erziehern vorgelebt werden. Eine solche Wertorientierung ist wesentliche Voraussetzung für die Erziehung zur Urteilsfähigkeit. Die Erziehung zur Kritikfähigkeit ohne gleichzeitige Vermittlung von Werten gefährdet nicht nur die Persönlichkeitsentwicklung, sondern auch die bestehende Ordnung unseres sozialen Rechtsstaates. Schulbücher, Lehrpläne und der Schulunterricht müssen daher überparteilich sein und dürfen nicht als Hebel für Gesellschaftsveränderungen mißbraucht werden.

Die Eingliederung des jungen Bürgers in die Gesellschaft erfordert eine leistungsorientierte Schule. Leistung und Schulmotivation stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Leistungen und Erfolge erhöhen die Schulmotivation und führen zur Freude am Lernen. Das Schulwesen muß die unter-

schiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und das individuelle Leistungsvermögen der Schüler berücksichtigen. Nur ein überschaubares, nach Begabungsschwerpunkten klar gegliedertes Bildungsangebot wird dieser Aufgabe gerecht. Ein so gegliedertes Bildungswesen bietet die beste Möglichkeit, die unterschiedlichen Neigungen, Fähigkeiten und Interessen der Schüler zu entfalten und zu fördern, so daß niemand durch seine Herkunft, durch sein soziales Umfeld oder den mangelnden Bildungswillen seiner Umwelt benachteiligt wird.

2. Folgen der Stufenschule

Die Einführung der Stufenschule hat für Schüler, Lehrer und Eltern zu anhaltender Unruhe im Schulleben geführt. Permanente Umorganisationen lassen die pädagogisch notwendige Stetigkeit der Bildung und Erziehung außer acht. Dieses von ständigen Veränderungen geprägte Schulsystem gibt unseren Kindern keinen Halt, sondern führt zu Schulunlust und Schulversagen. Daher haben trotz zurückgehender Schülerzahlen im Lande Bremen die Privatschulen immer größeren Zulauf.

Durch die Ausrichtung des Bildungsangebotes in Bremen auf die Stufenschule ist wie in keinem anderen Bundesland die einheitliche, durchgängige Bildung vernachlässigt worden. Diese totale Umwälzung des Schulwesens hat zu zerstückelten Bildungsgängen, zerschlagenen Schuleinheiten, inneren Widersprüchen und unverantwortlich hohen Kosten geführt und ist für die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer voll unerträglicher Nachteile:

- Die jeweils erreichte Abgangsqualifikation genügt nicht mehr den Anforderungen der sich anschließenden Schulstufe.
- Die Vergleichbarkeit der Abschlüsse mit den übrigen Bundesländern ist gefährdet.
- Die Trennung in Schulstufen zwingt zu häufigem Schulwechsel, der bestehende soziale Bindungen zerstört. Den Schülern wird das vertraute Umfeld entzogen, in dem sie sich geborgen fühlen und Hilfe erwarten können. Schulunlust, Aggressivität und Schulversagen sind die Folge.

- Die Schaffung der Stufenzentren hat unter immensen Kosten zu Massenbetrieb geführt. Wegen fehlender Finanzmittel wurden überschaubare Altschulen nicht renoviert, obwohl diese häufig billiger zu unterhalten und menschlicher sind als riesige Betonklötze. Die Mammutschulen bewirken Motivationsmangel und Vereinsamung.

- Die Schüler werden von Lehrern unterrichtet, denen oft Kenntnisse über die angrenzenden Schulstufen und entsprechende Unterrichtserfahrungen fehlen. Die so entstehenden Bildungsdefizite gehen besonders zu Lasten der Schüler aus sozial schwachen Elternhäusern.

Die Lehrpläne sind auf die baldige Einführung der integrierten Gesamtschule ausgerichtet. Sie wurden ohne sorgfältige Erprobung eingeführt. Sie enthalten eine zu große Stoff- und Problemfülle, so daß sie nicht eingehalten werden können, was beim Schulstufenwechsel regelmäßig für Schüler und Lehrer Schwierigkeiten verursacht.

- Der Lehrplan für die Orientierungsstufe sieht keine Leistungsdifferenzierung vor. Die Schüler im Lande Bremen sind damit gegenüber den Schülern anderer Bundesländer benachteiligt. Sie haben zwei Jahre weniger Zeit, sich auf den Abschluß der verschiedenen Bildungsgänge einzustellen.

- Die Lehrpläne des Sekundarbereichs I weisen nicht mehr die zu erlernenden Fähigkeiten und Kenntnisse aus. Es werden nur Themenbereiche angegeben mit dem Hinweis, daß je nach Schulart die Themen mit unterschiedlicher Gewichtung zu behandeln sind. Die fehlenden eigenständigen Abschlußprofile benachteiligen besonders die Haupt- und Realschüler.

Diese Fehlleistungen in der Bildungspolitik haben dazu geführt, daß die weniger begabten Schüler keine differenzierten Entwicklungsmöglichkeiten erhalten und besonders begabte und bildungswillige Schüler nicht angemessen gefördert werden.

3. Bessere Schulen für unsere Kinder

Wichtigstes Ziel der Bildungspolitik ist für die CDU daher im Interesse der Kinder die Herstellung des Schulfriedens durch ein klar gegliedertes, übersichtliches Schulsystem. Deshalb wird die CDU Schulgesetz und Schulverwaltungsgesetz ändern, damit der Zwang zur Umorganisation und die damit verbundenen permanenten Änderungen der Schulstrukturen entfallen. Damit nicht durch erneute Unruhe der pädagogisch notwendige Schulfrieden gefährdet wird, wird die CDU die bestehenden Schulen nicht erneut auseinanderreißen. Innerhalb bereits bestehender Schulzentren wird die CDU die einzelnen Schularten organisatorisch und inhaltlich stärken, um ihre Eigenständigkeit zu gewährleisten. Dabei werden die Schulen als überschaubare Einheiten so gestaltet werden, daß sie den Schülern das Gefühl der Geborgenheit vermitteln. Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Sonderschule und berufliche Schulen haben jeweils einen besonderen pädagogischen Auftrag und müssen ein gleichrangiges eigenständiges Profil entwickeln. Jede einzelne Schulart ist daher als pädagogische Einheit an einem eigenständigen Bildungsschwerpunkt auszurichten.

- Die vorschulische Förderung soll der Kreativität des Kindes, dem Abbau sozialer Nachteile und einer organischen Heraufführung an die Schule dienen, aber nicht zur Vorverlegung des Schulbeginns führen.

- In der Grundschule muß altersgerecht unterrichtet werden. Inhalt und Sprache dürfen nicht verwissenschaftlicht sein. Die entscheidende Aufgabe der Grundschule muß es wieder sein, die Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Die CDU will wohnortnahe, notfalls einzügige Grundschulen erhalten, um den Kindern lange Schulwege zu ersparen und den außerschulischen Kontakt der Schüler zu sichern.

- Die Orientierungsstufe darf nicht weiter als Einstieg in die integrierte Gesamtschule mißbraucht werden oder sich gar zur eigenständigen Schule entwickeln.

Die jetzige schulartunabhängige Orientierungsstufe berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Begabungen der Schüler. Die Schüler werden teils über-, teils unterfordert und dadurch in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gehemmt. Deshalb ist die Orientierungsstufe begabungsdifferenziert in klarer Ausrichtung auf ein gegliedertes Schulsystem zu gestalten. Französisch und Latein müssen von der 5. Klasse an alternativ zu Englisch als erste Pflichtfremdsprache angeboten werden. Damit soll die weitere Abkoppelung des bremischen Bildungssystems von dem der anderen Bundesländer vermieden werden.

- Die Hauptschule als eigenständige Schulart muß wegen ihres eigenen Bildungsauftrags besonders gefördert werden. Der Hauptschüler darf nicht weiter an den Zielen gymnasialer Ausbildung gemessen werden. Die Hauptschule soll pädagogisch besonders auf den Bereich der praktischen Berufe ausgerichtet sein und die Grundfertigkeiten im Umgang mit den neuen Techniken vermitteln. Sie braucht daher eine eigene Stundentafel, Betriebserkundungen und Betriebspraktika, welche die Berufsfindung erleichtern, müssen zu festen Bestandteilen des Unterrichts werden. Mit dem Hauptschulabschluß sollen in noch stärkerem Maße Leistungsanforderungen verbunden sein, die den jungen Menschen befähigen, einen Ausbildungsberuf zu ergreifen. Über die berufliche Ausbildung müssen ihm weitere Abschlüsse möglich sein.

- Die verbindliche Einführung des 10. Hauptschuljahres als bildungspolitischer Einstieg in eine integrierte Sekundarstufe I wird abgelehnt. Vielmehr will die CDU das 10. Hauptschuljahr als freiwilliges Berufsvorbereitungsjahr gestalten, das seinen Absolventen differenzierte Möglichkeiten für die weitere Berufsausbildung bietet.

- Die Realschule vermittelt eine erweiterte allgemeine Bildung als Grundlage einer Berufsausbildung oder weiterführender

schulischer Bildungsgänge. Gegenüber der Hauptschule bringt sie weitere Bildungsinhalte und führt mehr in die Systematik der einzelnen Fächer ein. Als eigenständige Alternative zum Gymnasium schafft die Realschule die Grundlage für spätere praktische Berufe mit erhöhten theoretischen Anforderungen, in denen auch Aufgaben mit gehobenen Ansprüchen an Selbständigkeit, Verantwortung und Menschenführung gestellt werden, sowie für eine Vielfalt von schulischen Bildungsgängen.

- Das Gymnasium muß als pädagogisch einheitlicher, nicht in Stufen zersplitterter Bildungsgang gestaltet werden. Der inhaltliche Zusammenhang des durchgehenden gymnasialen Bildungsganges wird von der CDU daher wiederhergestellt werden. Sie wird die bestehenden Gymnasien erhalten und dafür sorgen, daß die gymnasialen Abteilungen in den Schulzentren zu organisatorisch und pädagogisch eigenständigen Schuleinheiten entwickelt werden. Um die allgemeine Hochschulreife und die freie Studienfachwahl zu gewährleisten, wird die CDU die gymnasiale Oberstufe so regeln, daß ein bestimmtes Grundwissen unter der Möglichkeit individueller Schwerpunktbildung vermittelt wird. Neben der Wahlfreiheit wird daher die durchgehende Belegungspflicht bis zum Abitur in den Fächern Deutsch, einer Fremdsprache, einer Naturwissenschaft, Mathematik und Geschichte eingeführt werden.

- Die CDU wird für personell und sachlich ausreichend ausgestattete Sonderschulen für alle Behinderungsarten sorgen, so daß jeder Schüler im Rahmen seiner Möglichkeiten optimal gefördert werden kann. Ein freiwilliges 10. Schuljahr wird als Brücke zwischen Schule und Arbeitswelt eingeführt. In jeder Altersstufe muß der Übergang auf die Grund- und Hauptschule möglich sein. Die Trennung von Mittelstufe (Klassen 2 bis 6) und Oberstufe (Klassen 7 bis 10) wird aufgehoben. In der Grundschule müssen auch Lehrer mit Sonderschulbefähigung tätig sein, damit Zuweisungen zur Sonder-

schule nur in wirklich begründeten Fällen erfolgen. Die positiven Ansätze einer engen Zusammenarbeit zwischen Grund- und Sonderschule werden von der CDU unterstützt und gefördert.

- Um die Schüler in Klassen mit einem hohen Anteil ausländischer Kinder angemessen zu fördern, wird die CDU bei der Berechnung der Lehrerzuweisungen diese Schülergruppe doppelt zählen. Dadurch wird die Einrichtung zusätzlicher Stütz- und Förderkurse für alle Fächer ermöglicht. Damit die ausländischen Kinder ihre Kenntnisse in der Muttersprache in allen Klassenstufen erweitern können, wird die CDU die Muttersprache als Pflichtfremdsprache anerkennen.
- Die CDU lehnt die Gesamtschule als Regelschule und deren von der SPD beabsichtigten weiteren Ausbau ab. Die wesentlich teureren Gesamtschulen bleiben mit ihren Leistungsergebnissen hinter den Schulen des gegliederten Schulwesens zurück. Das Ziel, alle Schüler gemeinsam zu unterrichten und gleichwohl jeden Schüler nach seinen Neigungen und Fähigkeiten zu fördern, konnte nicht erreicht werden. Durch die Aufgliederung in Grund- und Leistungskurse wird der pädagogisch notwendige Klassenverband aufgelöst. Im Interesse des Schulfriedens wird die CDU die bestehenden Gesamtschulen als Angebotschulen erhalten. Deren fachliches Angebot, Leistungsanforderungen und qualifizierte Abschlüsse müssen denen der übrigen Schulen entsprechen.

Das Schulwesen muß von der großen Mehrheit der Bürger bejaht und angenommen werden können. Zu den Grundlagen der Bildungspolitik gehört für die CDU das Erziehungsrecht der Eltern, die für ihre Kinder verantwortlich sind. Elternhaus und Schule müssen den Erziehungsauftrag in Partnerschaft verwirklichen.

- Die CDU wird die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür schaffen, daß wieder die freie Wahl der Schule möglich ist. Schulen sollen Schu-

lern und nicht staatlichen Planern dienen, die SPD will neue Mammutschulen gegen den Willen der Betroffenen und zu Lasten der bestehenden Schulen füllen. Die CDU wird dafür sorgen, daß eine freie Wahl der Schulstandorte möglich ist und die bewährten Schulen auch in Zukunft trotz zurückgehender Schülerzahlen erhalten bleiben. Restriktive Verwaltungsmaßnahmen können hier keine Abhilfe schaffen.

- Den Schulen ist ihre Eigenständigkeit und Eigenverantwortung zurückzugeben. Stellung und Kompetenzen des Schulleiters müssen gestärkt werden. Zur Gewährleistung der Kontinuität der Arbeit an den einzelnen Schulen werden die Schulleiter auf Dauer und nicht auf Zeit berufen. Es ist eine strikte Trennung der staatlichen und kommunalen Zuständigkeiten in der Schulaufsicht sicherzustellen. Dadurch werden die Schulaufsichtsbeamten entlastet, sie können ihre eigentliche Funktion der Fachaufsicht wahrnehmen, und ihre Zahl kann gesenkt werden.
- Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß die Unterrichtsversorgung an den Schulen im Lande Bremen gesichert wird. Neben ausreichender Lehrerversorgung wird die CDU eine Lehrerreserve schaffen, um den durch vorübergehendes Fehlen von Lehrern bedingten Unterrichtsausfall auszugleichen. Denn eine gute Bildung der Kinder ist eine notwendige Zukunftsinvestition.
- Zur Gewährleistung eines übersichtlichen und effektiven Unterrichtsablaufs sind die Lehrpläne von Stoff- und Problemüberfrachtung zu befreien. Die übermäßige Theoretisierung ist vor allem in den Lehrplänen für die Grundschule und die Orientierungsstufe zu beseitigen.
- Ein wichtiges Thema für die Schule ist der Umgang mit dem Fernsehen und den eng mit ihm verknüpften neuen Kommunikationstechnologien. Die technische Entwicklung der Medien ist wertneutral. Aber erst der verantwortliche

handelnde Mensch ist in der Lage, die Systeme zum Nutzen der Gesellschaft und des einzelnen anzuwenden. Ihre sinnvolle Verwendung ist eine Bildungs- und Erziehungsaufgabe für Schule und Elternhaus. Die neuen Medien müssen ein eigenständiges Lernthema in der Schule werden. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß dieses Thema in die Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung einbezogen wird.

4. Bessere berufliche Bildung

Die berufliche Bildung wurde in Bremen und Bremerhaven jahrelang vernachlässigt. Der Bau bzw. Ausbau leistungsstarker Berufsschulen ist von der SPD zurückgestellt worden. Denn Berufsschulen sind nur noch als Teile von Schulzentren der Sekundarstufe II mit dem Ziel der Integration von gymnasialer und beruflicher Bildung vorgesehen. Damit wird der eigenständige Bildungsauftrag der Berufsschulen unterdrückt und als schulischer Partner im dualen System der Berufsausbildung behindert.

Die Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung ist wichtiges Ziel der CDU-Bildungspolitik. Das duale System ist unverzichtbares Prinzip der Berufsausbildung. Die CDU wird deshalb den Berufsschulen ihre Eigenständigkeit und Verantwortung bei der Berufsausbildung wieder zurückgeben. Ihre Integration mit gymnasialen Bildungsgängen lehnt die CDU ab. Dort, wo Berufsschulen bereits in Schulzentren eingegliedert worden sind und dies nicht mehr zu verändern ist, wird die CDU bei räumlicher Kooperation für die Eigenständigkeit der gymnasialen Abteilungen und der Berufsschulen sorgen. Die CDU wird dafür sorgen, daß der Unterricht in den Berufsschulen durch enge Anpassung von schulischen Lehrplänen an die Ausbildungsordnungen besser mit der Ausbildung in den Betrieben abgestimmt wird. Darüber hinaus wird die gemeinsame Verantwortung von Schule und Betrieb für die Ausbildung durch eine Verstärkung der Mitwirkungsrechte des Ausbildungsbeitrags bei Entscheidungen der Berufsschule gewährleistet.

Die CDU wird die zentrale Verantwortung für die Berufsbildung bei einem Senatssitzort zusammenfassen. Vor allem die Umschulung und Fortbildung (Senator für Arbeit), außerschulische Berufsbildung (Senator für Bildung) und Weiterbildung (Senator für Wissenschaft und Kunst) bedürfen einer einheitlichen Kompetenz.

Zur Erhaltung des dualen Systems der Berufsausbildung müssen durch eine Vielzahl von Maßnahmen das Angebot an Ausbildungsplätzen und die Qualität der Berufsausbildung verbessert werden (s. Ausbildungsplätze, Kapitel I, Seite 10).

Die CDU wird den Ausbau schulischer Vollzeitmaßnahmen stoppen, weil sie neben erhöhten Kosten das bewährte System der dualen Berufsausbildung gefährden. Die Berufsfachschulen mit berufsqualifizierendem Abschluß werden zeitlich befristet und nach 1985 auslaufen. Eine Ausnahme bildet die Allgemeine Berufsschule, da sie Qualifizierungsmaßnahmen für schwer vermittelbare Jugendliche durchführt. Die Schaffung von Ausbildungsordnungen für behinderte und lernbeeinträchtigte Jugendliche, die nicht in einem regulären Ausbildungsberuf ausgebildet werden können, ist ein vorrangiges Ziel der CDU. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, daß sich solche Ausbildungsordnungen an Inhalt und Aufbau anerkannter Ausbildungsberufe orientieren.

Das Berufsgrundbildungsjahr (BGJ) als voll anrechnungsfähiges erstes Jahr der Ausbildung soll in Übereinstimmung mit der Wirtschaft in den einzelnen Berufsfeldern eingeführt werden. Die kooperative Form (Schule - Betrieb) hat dabei Vorrang vor dem schulischen BGJ. Die enge Verzahnung des berufsfeldbezogenen Lehrstoffs mit den Inhalten der entsprechenden Ausbildungsordnungen ist zu gewährleisten.

Die Ausbildung des Berufsschullehrers darf sich nicht länger an dem Konzept des Stufenlehrers orientieren, sondern muß die besonderen fachlichen Belange der kaufmännischen und gewerblichen Ausbildung berücksichtigen. Entsprechend dieser Zielsetzung wird die CDU eine Änderung des Bremischen Lehrerausbildungsgesetzes bewirken (s. Einzelthema Lehrerausbildung, S. 36).

Über die Berufsausbildung und eine entsprechende Fortbildung muß die Berechtigung erworben werden können, andere weiterführende Schulen zu besuchen. Die CDU unterstützt die Forderung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, daß die bestandene Gesellenprüfung (Lehrabschlußprüfung) unter bestimmten qualifizierenden Voraussetzungen dem Realschulabschluß gleichgestellt wird. Ferner sollte die Meisterprüfung der Fachhochschulreife gleichgestellt werden.

5. Stärkung der beruflichen Weiterbildung

Seit Inkrafttreten des Weiterbildungsgesetzes sind in Bremen und Bremerhaven Veranstaltungen mit politischen Inhalten bevorzugt gefördert worden, während Maßnahmen mit beruflichen und allgemeinen Inhalten benachteiligt wurden. Die anerkannten Einrichtungen der Weiterbildung geraten durch ein engmaschiges Netz von Forderungsrichtlinien in immer größere Abhängigkeit vom Landesamt für Weiterbildung. Ihr Weiterbildungsangebot hat in vielen Lernbereichen Kreativität und Flexibilität eingebüßt. Das Landesamt ist verstärkt als eigener Maßnahmenträger aufgetreten, so daß trotz formaler Unabhängigkeit der einzelnen Einrichtung die Gefahr indirekter Verstaatlichung der Weiterbildung droht. Die CDU wird die Gleichwertigkeit der Lernbereiche herstellen und damit vor allem berufliche Qualifizierungsmöglichkeiten erleichtern. Damit soll erreicht werden, daß Maßnahmen der beruflichen Fortbildung mit Landesmitteln gefördert und verstärkt im Rahmen des Bildungsurlaubs angeboten werden können. Dem Landesamt für Weiterbildung wird eine ausschließlich koordinierende und förderungsrechtlich kontrollierende Aufgabe zugewiesen werden. Den anerkannten Einrichtungen wird die CDU wieder mehr Flexibilität verschaffen. Sie wird garantieren, daß die Vielfalt der Träger nach gesellschaftlicher Orientierung und Größe gewahrt bleibt und der Zugang neuer Träger ermöglicht wird. Die CDU wird das Übergewicht an hauptamtlichen Dozenten in der Weiterbildung gegen-

über nebenamtlichen Dozenten aus der Praxis wieder in ein ausgewogenes Verhältnis bringen. Qualifizierter, praxisnaher Unterricht muß von Dozenten gegeben werden, die eigene Berufserfahrung haben und ihr Wissen nicht nur theoretischer Vorbildung verdanken.

6. Für eine leistungsfähige Universität

Die Universität Bremen hat wegen fragwürdiger hochschulpolitischer Experimente und ideologischer Diskussion kaum wissenschaftliche Leistungen erbracht, aber den Steuerzahler über 1 Milliarde DM gekostet. Wegen zu geringer Prüfungsanforderungen müssen Bremer Absolventen um bundesweite Anerkennung ringen. Wegen mangelhafter Forschungsleistungen ist der Universität die Aufnahme in die Deutsche Forschungsgemeinschaft immer noch nicht gelungen. Durch eine marxistisch orientierte Personalauswahl in der Gründerzeit und wegen qualitativ zum Teil mittelmäßigen Personalbestands ist die Universität personalpolitisch auf Jahrzehnte festgelegt. Statt wissenschaftliche Leistungen für Bremen und seine Strukturprobleme zu erbringen, hat die Universität dem Ruf Bremens großen Schaden zugefügt. Die CDU will dies grundlegend ändern.

Voraussetzung einer Gesundung der Universität und ihrer wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit sind Änderungen ihrer Struktur durch entsprechende Gesetze und Verordnungen. Die CDU hat deshalb immer wieder eine Kompetenzzustärkung der Fachbereiche und stärkere Verantwortung für die Professoren gefordert, damit sie bürokratischen Hemmnissen und politischem Druck besser widerstehen können. Bei der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes hat die CDU zwar wesentliche Bestandteile ihres Programms durchsetzen können, es bleiben aber erhebliche Zweifel an der Funktionalität angesichts der indirekten drittelparitätischen Zusammensetzung von Entscheidungsorganen der Universität bestehen. Die CDU wird diese Behinderungen beseitigen, so daß die Ablösung der sogenannten Stimmengewichtung durch klare Professorenmehrheiten

kompetente Entscheidungsfindungen möglich macht. Außerdem will die CDU den Einfluß des Staates auf viele Detailfragen abbauen.

Die CDU wird die funktionierenden Bereiche der Universität zu Lasten der wenig fruchtbaren ausbauen. Das gilt insbesondere für Fachbereiche mit qualifizierten Professoren, die ihren Studenten eine umfassende Lehre anbieten und leistungsgerechte Abschlüsse verlangen wollen, die dem deutschen Standard entsprechen. Die CDU wird diesen Fachbereichen helfen, ihre zukunftsorientierten Studiengänge auszubauen, die entsprechenden Prüfungsordnungen zu sichern und die Voraussetzungen für die Erweiterung ihres akademischen Mittelbaus zu schaffen. Die CDU wird bei der Genehmigung der Prüfungsordnungen von Fachbereichen, welche die ideologische Diskussion der Gründerzeit noch heute führen und zu wissenschaftlicher Leistung weder bereit noch fähig sind, strikt auf die Einhaltung des Standards achten und darüber hinaus die für Studenten unattraktiven Studiengänge einschränken. Die CDU wird außerdem besonderes Gewicht auf den Erhalt der Leistungsfähigkeit der Bibliotheken durch gezielteren Einsatz der vorhandenen Mittel legen sowie die Kommunikationsmöglichkeiten Bremer Wissenschaftler mit anderen Forschungseinrichtungen fördern.

Die CDU wird die Universität der **Drittmitelforschung** insbesondere auch in Kooperation mit der Wirtschaft öffnen und entsprechende Anreize für diejenigen schaffen, die Drittmittel einwerben. Sie wird dafür sorgen, daß die außeruniversitären Forschungskapazitäten, und hier vor allem die Wirtschaft, in den wissenschaftlichen Dialog mit der Universität einmünden, damit neue Möglichkeiten der Grundlagenforschung erschlossen werden, um die Lebens- und Ausbildungsbedingungen in der Industrieregion Bremen zu verbessern. Bei der Entwicklung und Nutzung neuer Technologien muß die Universität - wie die Fachhochschulen - dazu beitragen, daß dieser Wissenszugang für die Region durch die Vermittlung von Qualifikationen sowie als Angebot wissenschaftlicher

Ergebnisse erschlossen wird. Hierfür sind geeignete Mittel in Kooperation mit der Wirtschaft und Industrie einzusetzen.

Fachhochschulen, s. Einzelitem Fachhochschulen, S. 30

III. Mehr tun für eine menschliche Umwelt

1. Mehr Schutz für unsere Umwelt

In immer stärkerem Maße werden Gesundheit und Wohlbefinden der Bürger durch Umweltbelastungen beeinträchtigt. Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist daher ein Stück verantworteter Freiheit. Wer die Natur verantwortungslos ausbeutet und die ökologischen Zusammenhänge zerstört, verletzt die Solidarität der Generationen. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum sind jedoch unverzichtbar und stehen in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zum Schutz der natürlichen Reserven und der Umwelt. Ökologie und Ökonomie müssen sich ergänzen. Umweltschutz erfordert zielbewußtes Handeln und darf sich nicht in Appellen erschöpfen. Die Vorstellung, daß Luft, Wasser und Landschaft „freie Güter“ sind, die in unerschöpflichem Ausmaß zur Verfügung stehen, hat zum Raubbau an der natürlichen Umwelt geführt. Trinkwassergefährdung, verunreinigte Flüsse und Seen, gefährliche Industrieabfälle, Luftverschmutzung und Lärmbelastung haben mit der Industrialisierung zugenommen. Die Vielfalt der Umweltbelastungen fordert die Koordinierung aller umweltentlastenden Maßnahmen.

Den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft entspricht es, daß der Staat die freien Naturgüter durch konsequente Anwendung des Verursacherprinzips schützt. Soweit berechenbar, sollen die Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden grundsätzlich denjenigen auferlegt werden, die für ihre Entstehung verantwortlich sind.

1.1 Weniger Lärm

Die CDU wird den Lärmschutz verbessern durch

- stärkere Einbeziehung des Immissions-schutzes bei der Stadt- und Verkehrsplanung durch kurze Verkehrswege zwischen Wohn-, Arbeits- und Einkaufsort sowie Frischluftschneisen,
- verkehrslenkende Maßnahmen mit dem Ziel der Lärminderung, insbesondere durch koordinierte Ampelschaltungen, Verkehrswegeplanung zur weitgehenden Freihaltung der Wohngebiete vom Verkehr, Herausdrängung des Schleichverkehrs aus Wohnsammelstraßen und Freihaltung typischer Wohnstraßen vom Durchgangsverkehr,
- Einhaltung genügender Abstände der Wohnungen zu vorhandenen oder geplanten Industrie- und Verkehrsanlagen,
- Bereitstellung ausreichender Mittel für Schutzwälle und Schutzbepflanzungen im Rahmen der Finanzierung von Straßenbauvorhaben,
- nachträgliche Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen bei vorhandenen lärmträchtigen Straßen und Schienenwegen,
- Vergabe öffentlicher Mittel für die Durchführung von Lärmschutzmaßnahmen an Wohnungen in unmittelbarer Nachbarschaft zum Flughafen,
- Unterstützung von Maßnahmen zur Verminderung des Lärms an der Ursprungsquelle.

1.2 Reines Wasser

Die Aufrechterhaltung und Gewährleistung einer ausreichenden Trinkwasser- und Brauchwasserversorgung, Schutz und Reinhaltung der Seen, Flüsse und des Grundwassers erfordern zusätzliche Anstrengungen. Das biologische Gleichgewicht der Gewässer, vor allem der Weser, muß wiederhergestellt werden. Die CDU wird die gemeinsamen Bemühungen des Bundes und der Anrainerlan-

der der Weser um vertragliche Vereinbarungen mit der DDR zum Abbau des hohen Salzgehaltes der Weser unterstützen und die Forderungen des Weserlastplans umsetzen, die Weser entscheidend von Schmutz und Schadstoffen zu entlasten. Besonderes Schwerk Gewicht wird die CDU dabei auf die Durchsetzung folgender Maßnahmen legen

- Zulassung der Abwassereinleitung in Gewässer nur unter Einhaltung der Mindestanforderungen des Wasserhaushaltsgesetzes,
- Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der vorhandenen wasserrechtlichen Zulassungen,
- Verringerung des Schadstoffgehalts und der Abwassermenge durch innerbetriebliche Maßnahmen für alle abwassererzeugenden Gewerbebetriebe,
- Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Abfallbeseitigung im gewerblichen Bereich, damit gefährliche Abfälle nicht über das Abwasser in Gewässer gelangen,
- Verringerung der Belastung durch schwerabbaubare organische Stoffe, Schwermetalle und Pflanzennährstoffe,
- Aufstellung eines Konzeptes für die Sauerstoffeinleitung entlang der Weser mittels Belüftungseinrichtungen,
- Aufstellung eines „Warnplanes Weser“, damit im Schadensfall unverzüglich Sofort- und Folgemaßnahmen erfolgen.

Die CDU setzt sich für einen aktiven Grundwasserschutz ein, der sowohl Menge wie Qualität des Grundwassers sichert, damit eine ausreichende Trinkwasserversorgung möglich ist und keine Schädigung der Vegetation erfolgt. Dazu gehören

- Ausweisung von Wasserschutz zonen, z.B. für die Trinkwassergewinnung in Bremen-Nord,
- Vermeidung einer unbedachten Versiegelung des Bodens im Bereich von Siedlungen und Verkehrsflächen,
- geordnete Abfallbeseitigung zur Vermeidung von Grundwasserverschmutzung,

- Verminderung der Trinkwasserverwendung in Gewerbebetrieben durch die Förderung geschlossener Brauchwasserkreisläufe

Die CDU wird durch eine zügige Durchführung des Kanalbaustufenprogramms gewährleisten, daß nicht länger bei Regenfällen Abwasser über sogenannte Notauslässe in Bremer Gewässer eingeleitet werden oder Schmutzwasser aus defekten Kanälen in das Grundwasser eindringt.

1.3 Saubere Luft

Die Verschmutzung der Luft durch Feuerungsanlagen, Verkehr, Industrie und Gewerbe ist eines der Hauptprobleme des Umweltschutzes. Zur Verringerung der Luftverschmutzung bedarf es der

- Überwachung der Luftverschmutzung durch ein lückenloses Netz fester und beweglicher Meßanlagen,
- konsequenten Befolgung der Umweltschutzgesetze, wie der TA-Luft und der Verordnung für Großfeuerungsanlagen auch in öffentlichen Betrieben,
- Einhaltung der Emissionsgrenzwerte bei der Müllverbrennungsanlage Bremen,
- Berücksichtigung umweltfreundlicher Techniken über die bestehenden Gesetze hinaus beim geplanten Bau des Kraftwerks Hastedt.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß weitere Maßnahmen eingeleitet werden, die einer Bekämpfung der Ursachen des **Baumsterbens** dienen. Dazu gehören die Verschärfung der Verordnung für Großfeuerungsanlagen und die Reduzierung der Schadstoffe in Autoabgasen, insbesondere durch Einführung bleifreier Benzins.

1.4 Umweltfreundliche Abfallbeseitigung

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß neben dem vorranglichen Ziel, alle Möglichkeiten der Abfallreduzierung zu nutzen, eine Wiederverwertung von Abfällen erfolgt. Maßgebend dabei ist, ob sich ein Abfallstoff in bezug auf ökologische und rohstoffökonomische Erfordernisse zur Wieder- oder Weiterverwertung eignet. Die CDU will

- verstärkte Trennung der verschiedenen Abfallarten vor dem Einsammeln, insbesondere bei Altglas, Altpapier, Kunststoffen, Metall und Altreifen,
- Einführung regelmäßiger Giftmüllsammel-tage in Bremen und Bremerhaven,
- Anpassung der Müllverbrennungsanlagen in Bremen und Bremerhaven an den jeweiligen Stand der Technik,
- verschärfte Kontrollen bei der Abfallbeseitigung und auf den Abfalldeponien,
- rechtzeitige Rekultivierungs- und Begrünungsmaßnahmen zur harmonischen Eingliederung der Abfalldeponien in das Stadt- und Landschaftsbild,
- geeignete Maßnahmen zur Senkung der Schwermetallbelastungen im Klärschlamm und auf den Spülfeldern, damit eine gefahrlose Verwendung möglich ist.

Die CDU setzt sich dafür ein, daß die Transformatoren und Kondensatoren, die polychlorierte Biphenyle (PCB) enthalten, zur Beseitigung der durch PCB entstehenden Gefahren zügig umgerüstet werden. Die CDU fordert, daß die Erfassung und Beseitigung von PCB-Abfällen im Abfallbeseitigungsgesetz neu geregelt werden, da die bisherige Regelung im Altölgesetz sich nicht bewährt hat.

1.5 Mehr Schutz von Natur und Landschaft

Ziel der CDU-Politik ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen. Dazu gehören die Aufstellung und Durchführung von Landschaftsprogrammen und -plänen, damit die Landschaft als gewichtiger Erlebnisraum erhalten, die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt geschützt und die Wechselwirkung von Landschaft und Klima beachtet werden. Schwerpunkte der CDU-Politik sind

- Sicherstellung der Pflege von Grünflächen und Parkanlagen unter Berücksichtigung ökologischer Nischen in den Stadtteilen,
- Schutz der Straßenbäume durch weitgehenden Streusalzverzicht und Parkverbote auf den Baumscheiben,
- Aufstellung eines Wümmegesamtplans (s. Einzelthema, S. 43),

- weitgehender Schutz des Hollerlandes (s. Einzelthema, S. 33),
- kontinuierliche Weiterentwicklung des Gebietes im Bereich der Ochtmwiesen und des „Parks Links der Weser“.

2. Wahrnehmung der sozialen Verantwortung

Schutz für Schwache und Benachteiligte ist Eckpfeiler christlich-demokratischer Politik. Totale Bevormundung durch den Staat lehnt die CDU auch in der Sozialpolitik ab. Die CDU will öffentliche Hilfe zur Selbsthilfe, um die Eigenverantwortung des einzelnen und der gesellschaftlichen Gruppen zu stärken.

2.1 Stärkung der Familie

Die Familie ist die natürliche und beständigste Form des menschlichen Zusammenlebens sowie die erste und wichtigste Erziehungsgemeinschaft für das Kind. Sie vermittelt Geborgenheit, freie Entfaltung der Persönlichkeit, gegenseitige Hilfe und Rücksichtnahme, Treue, Toleranz und Verantwortungsbereitschaft.

Der Staat muß die Familie schützen und fördern, indem er hilft, ihre sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen zu sichern, und für ihre verstärkte Anerkennung in der Gesellschaft sorgt. Die CDU befürwortet die Partnerschaft in der Familie. Mann und Frau tragen gemeinsam Verantwortung und sollen ihre Aufgabe in Familie, Beruf, Gesellschaft und Freizeit gleichberechtigt wahrnehmen können. Sie sollen sich frei und ohne Nachteile entscheiden, wer sich hauptsächlich dem Haushalt und der Betreuung der Kinder widmet, wer einer Erwerbstätigkeit außerhalb des Hauses nachgeht oder beides miteinander verbinden möchte. **Kindergärten** und **Horte** sollen die Erziehung in der Familie ergänzen, fördern und unterstützen. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern sind entsprechend auszubauen. Durch flexible Öffnungszeiten soll den unterschiedlichen Bedürfnissen der Familie Rechnung getragen werden.

Zur Erleichterung der Lebensbedingungen alleinerziehender Mütter und Väter und

ihrer Kinder müssen Vorurteile und Diskriminierungen abgebaut werden. Bei anstehenden Gesetzesänderungen sind die Belange der Einelternfamilien besonders zu beachten, so im Steuerrecht, beim Familienlastenausgleich und in der Sozialpolitik.

2.2 Bessere Chancen für die Jugend

Die Jugendpolitik muß sich an den Rechten und Pflichten des Jugendlichen orientieren. Das bedeutet, daß sich Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung frei entfalten können, ohne von staatlicher Regulierung oder Beeinflussung betroffen zu sein. Junge Menschen sollen motiviert werden zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten. In der Jugendarbeit soll die Arbeit der freien Jugendverbände Vorrang haben. Die CDU verlangt insbesondere:

- Beseitigung der **Jugendarbeitslosigkeit** und vermehrte Bereitstellung von Ausbildungsplätzen (s. Kapitel I, S. 10 und Kapitel II, S. 15);
- Schaffung vermehrter Ausbildungsmöglichkeiten für lernbehinderte Jugendliche (s. Kapitel I, S. 10, Kapitel II, S. 15);
- Förderung von kleineren, dezentralen Jugendfreizeiteinrichtungen, die stärker auf die Struktur des jeweiligen Stadtgebiets ausgerichtet sind und bei Bedarf auch an Wochenenden geöffnet sein sollen;
- Förderung der freien Träger der Jugendarbeit anstelle von staatlich gelenkten Einrichtungen;
- Ausbau der **Hilfen für Drogen- und Alkoholabhängige**, wobei entsprechende Maßnahmen die Bereiche Aufklärung, Vorsorge, Therapie und Nachbetreuung umfassen sollten;
- Einhaltung der Gesetze zum Schutze der Jugend;
- Aufklärung über die Gefahren der sogenannten Jugendsekten.

2.3 Mehr Eigenständigkeit im Alter

Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie den älteren Mitbürgern ein würdiges, gesichertes und sinnerfülltes Leben in entspre-

chendem Rahmen ermöglicht. Wegen der gesellschaftlichen Veränderungen steht die Altenpolitik jedoch vor neuen Aufgaben. Es geht dabei nicht nur um die finanzielle Absicherung der älteren Mitbürger, sondern auch darum, ihre Vereinsamung in der Gesellschaft zu verhindern bzw. abzubauen. Der alte Mensch soll in seiner vertrauten Umgebung leben können, solange es möglich ist. Eine Politik für ältere Mitbürger muß deshalb vorrangig Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die CDU tritt deshalb in ihrer Politik für die älteren Mitbürger vorrangig für folgende Maßnahmen ein:

- Vermehrte Bereitstellung **altengerechter Wohnungen**, integriert in Wohnbereiche;
- Schaffung ständiger Betreuung bei sporadisch eintretender Hilfsbedürftigkeit in größeren Altenwohnanlagen ohne Heimbindung;
- Entwicklung neuer Konzeptionen zur Aktivierung der Familien- und Nachbarschaftshilfe;
- Sicherstellung der Betreuung bei Hilfsbedürftigkeit durch Ausbau von Hauspflege, häuslicher Krankenpflege, hauswirtschaftlichen Hilfen und Entwicklung neuer Pflegeformen (z. B. Tagespflege, Kurzzeitpflege);
- vermehrte Übertragung von Aufgaben der Altenpflege und -hilfe auf die freien Träger.

2.4 Mehr Humanität im Gesundheitswesen

In einem zeitgemäßen Gesundheitswesen muß neben der Bekämpfung von Krankheiten die vorbeugende Erhaltung der Gesundheit stehen. In der Stärkung der Verantwortlichkeit des einzelnen für seine Gesundheit liegt eine Chance, die ständig steigenden Kosten in den Griff zu bekommen. Nur dann wird eine dem neuesten Stand der medizinischen Wissenschaft entsprechende Behandlung und Rehabilitation kranker Menschen bezahlbar bleiben. Die Übernahme von mehr Selbstverantwortung erfordert, daß jeder einzelne die Bedeutung des eigenen Verhaltens für seine Gesundheit erkennt und das erforderliche Wissen erwirbt.

Die CDU beabsichtigt, eine intensivere Gesundheitserziehung in Kindergarten und Schule, umfassendere Information über Gesundheitsvorsorge und Früherkennungsuntersuchungen in Medien und am Arbeitsplatz, verstärkte Aufklärung über die schädlichen Folgen von Überernährung sowie von Drogen-, Alkohol-, Medikamenten- und Nikotinmißbrauch voranzutreiben.

Die CDU wird in der Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten Krankenversorgung mehr Gewicht auf die ambulante Krankenpflege legen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele Kranke, die heute im Krankenhaus liegen, von niedergelassenen Ärzten medizinisch betreut werden können, das gilt besonders für Langzeitkranke. Diese gezielte Behandlungsweise ist kostengünstiger, ohne die Heilungschancen zu vermindern. Dazu sind erforderlich:

- Förderung der Familien- und Nachbarschaftshilfe;
- verstärkte Zusammenarbeit freigemeinnütziger, privater und öffentlicher Träger;
- Erhaltung der freien Arztwahl;
- Stärkung der Stellung des Hausarztes mit dem Ziel, erforderliche Hausbesuche durchzuführen.

Die CDU will eine patientengerechtere Krankenversorgung verwirklichen durch

- Erleichterung der freien Arztwahl im Krankenhaus mit einem dem Bürger mehr Information bietenden „Krankenhaus-Atlas“, der dem Patienten vor der Einweisung eine umfassende Übersicht über die möglichen Krankenhausleistungen im Lande Bremen vermittelt;
- Ausbau und Erhaltung leistungsfähiger Kliniken in privater Trägerschaft, insbesondere auch, weil sie kostengünstiger behandeln können;
- Verselbständigung der kommunalen Kliniken, damit die Eigenverantwortung von Mitarbeitern und Klinikleitung gestärkt, die Kosten gesenkt und Bürokratismus abgebaut werden, Ärzte und Pfle-

gepersonal mehr Zeit für die Patienten haben und die Kliniken effizienter arbeiten können,

- Überprüfung der jetzigen Versorgungsstruktur im Krankenhausbereich mit dem Ziel, anstelle von zu vielen Hochleistungsbetten mehr Allgemeinbetten zu sozial tragbaren Pflegesätzen anzubieten.

2.5 Bessere Integration der Behinderten

Die Humanität einer Gesellschaft zeigt sich daran, welches Verständnis sie für die Mitbürger aufbringt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. Das gilt im besonderen Maße für die Behinderten. Ziel der CDU-Politik ist, die behinderten Mitbürger als gleichwertige und gleichberechtigte Bürger in die Gesellschaft zu integrieren. Dabei sollte nicht undifferenziert nach dem Geißkannenprinzip verfahren werden, sondern eine angemessene und ausreichende Förderung der wirklich Hilfebedürftigen erfolgen. Dazu sind vor allem notwendig

- Förderung gegenseitigen Verständnisses und Annehmens des Behinderten als gleichwertigen Partner,
- gesundheitliche Stabilisierung durch moderne Diagnostik und Therapie,
- Aktivierung der Behinderten mit dem Ziel der Mitarbeit an der Rehabilitation,
- qualifizierte berufliche Aus- und Weiterbildung unter Berücksichtigung von Neigungen und Leistungsfähigkeit des Behinderten,
- dauerhafte berufliche Eingliederung oder zumindest angemessene Beschäftigung zur Selbstbestätigung und eigenständigen finanziellen Sicherung,
- flankierende Maßnahmen, welche die erschwerte Lebensweise der Behinderten in Wohnung und Straßenverkehr erleichtern, insbesondere größere Mobilität der Schwerstbehinderten,
- Pflege und Betreuung unter menschenwürdigen Verhältnissen auch dann, wenn der Selbständigkeit des Behinderten Grenzen gesetzt sind,

- Gleichbehandlung von Behinderten bei der Förderung, unter anderem durch entsprechende Änderung des Bremischen Landespflegegeldgesetzes,
- Maßnahmen zur zusätzlichen Bereitstellung geeigneter und qualifizierter Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Behinderte,
- Vervollständigung des Martinshofes (WfB), um die Leistungsfähigkeit der Einrichtung im Interesse der Behinderten zu verbessern.

IV. Mehr Sicherheit für unsere Bürger

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung gewährt allen Bürgern ein hohes Maß persönlicher Freiheit. Das Grundgesetz enthält als Gemeinschaftsaufgabe aller Bürger auch die Verpflichtung, diese Demokratie auszubauen und zu schützen. Dazu gehören die Erziehung der Jugend zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Ordnung ebenso wie die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und des inneren Friedens als Voraussetzung von Freiheit. Der Staat kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn Justiz und Polizei das Vertrauen der Bürger genießen. Zugleich kann der Staat von seinen Bürgern nur dann glaubwürdig Rechtstreue verlangen, wenn er selbst korrekt Gesetz und Verfassung achtet und eine gleichmäßige Rechtsanwendung gewährleistet.

1. Schutz vor zuviel Staat und Bürokratie - Beendigung der Parteibuchwirtschaft

Bei den Bürgern besteht zunehmend Unbehagen wegen des wachsenden Einflusses des Staates auf alle Lebensbereiche und der ausufernden Bürokratie. Die neuen Techniken der Informationsbeschaffung und der Daten-

verarbeitung können zu Eingriffen in die Freiheits- und Privatsphäre der Bürger mißbraucht werden. Die CDU will daher

- Schutz des Bürgers vor mißbräuchlicher Verwendung seiner Daten durch ausreichende gesetzliche und verfassungsrechtliche Sicherung,
- Überprüfung der Gesetze und Verordnungen auf ihre Verständlichkeit und Notwendigkeit mit dem Ziel der Reduzierung,
- Neuordnung von Behörden zur Vermeidung von Doppelzuständigkeiten,
- Ausbau der unmittelbaren Mitwirkung und Mitbestimmung des Bürgers im Lande Bremen durch einfachere Einleitung und Durchführung von Volksbegehren und Volksentscheid sowie Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.

Der Staat darf nicht zum Instrument einer Partei oder Gruppe werden. Die CDU wendet sich gegen die Parteibuchwirtschaft und die unerträgliche Verfilzung von Staat und öffentlichen Unternehmen mit der SPD. Deshalb fordert die CDU

- Ausrichtung der Personalpolitik im öffentlichen Bereich Bremens und Bremerhavens nur nach Eignung und Leistung,
- Beseitigung der parteipolitischen Einflüsse auf die Eigen- und Beteiligungsgesellschaften des Landes und der beiden Städte.

2. Verbesserung des Rechtsschutzes

Die Gerichtsverfahren dauern zum Teil unerträglich lang, so daß der rechtsuchende Bürger benachteiligt wird. Zugleich entstehen durch die heutige Gerichtsorganisation zusätzliche Kosten. Die CDU wird daher durchsetzen

- Beschleunigung der Gerichtsverfahren unter anderem durch Vereinfachung der Organisation und des Arbeitsablaufs der Gerichte und Staatsanwaltschaften,
- Einführung entscheidungsberechtigter Widerspruchsausschüsse im Verwaltungs-

gerichtlichen Vorverfahren zur Entlastung der Gerichte,

- Vereinheitlichung des Verfahrensrechts für alle Zweige der Gerichtsbarkeit (Initiativen im Bundesrat),
- zweckmäßigere Organisation der einzelnen Gerichte und Staatsanwaltschaften und gegebenenfalls auch deren räumliche Zusammenfassung sowie Einführung rationaler Bürotechnik und Organisationsstrukturen,
- Zuständigkeit des Justizsenators für alle Gerichtszweige,
- Neuorganisation der Juristenausbildung nach dem modifizierten Zwei-Phasen-Modell des Bundes.

3. Schutz vor Verbrechen

Die Kriminalität ist in Bremen und Bremerhaven in den letzten Jahren ständig gewachsen. Die beiden Städte liegen bezogen auf die Zahl der Straftaten - 1982 wurden über 90 000 begangen - von allen deutschen Großstädten mit an der Spitze. Bedrückend ist die hohe Zahl von Gewaltverbrechen. Wegen der finanziellen Mißwirtschaft erfolgen drastische Kürzungen im Personalbereich, so daß die Polizei teilweise nicht mehr ihren gesetzlichen Auftrag voll erfüllen kann. Die Aufklärung sinkt immer mehr ab, 1982 lag die Quote der nicht aufgeklärten Straftaten bei 62,3 %. Die Polizei und andere Sicherheitsorgane sind verunsichert, weil der SPD-Senat ihnen mehrfach die notwendige politische Unterstützung zur Wahrnehmung ihres Auftrages versagte. Die CDU verlangt daher

- klares Bekenntnis der politischen Führung zum Auftrag der Polizei und der anderen Sicherheitsorgane,
- Einsatz von Polizeibeamten als Bürgerpolizisten (Bezirksdienst), die in allen Teilen Bremens und Bremerhavens ohne Belastung durch allgemeine Verwaltungsarbeit und mit besonderer Mißkenntnis überschaubare Wohnbezirke ständig betreuen,
- Beendigung der sicherheitsfeindlichen Kürzungen bei den Sach- und Personal-

haushalten der Polizei und anderen Sicherheitsorganen;

- wirksamere Zusammenarbeit der Polizei mit den Behörden der Senatoren für Bildung sowie für Soziales, Jugend und Sport zur Koordinierung der Maßnahmen gegen die Jugendkriminalität und Rauschgiftsucht;
- intensive Bekämpfung der **Wirtschaftskriminalität** durch verbesserte Regelungen im allgemeinen Strafrecht und im Wirtschaftsstrafrecht. Durch klar abgegrenzte Tatbestände sowie durch geeignete Maßnahmen der Kriminalpolizei, Finanzbehörden und Staatsanwaltschaft müssen Umgehungsmöglichkeiten ausgeschlossen werden.

4. Wehrhafte Demokratie

Nur ein Staat, der bereit ist, die Grundsätze, auf denen er beruht, wirksam zu fördern und zu verteidigen, kann persönliches Engagement seiner Bürger erwarten. In den öffentlichen Dienst gehört daher nur, wer aktiv für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt.

- Wer einer Partei oder Organisation angehört, für sie wirbt oder bei Wahlen für sie kandidiert, die unseren Staat bekämpft und die Grundprinzipien unserer Verfassung ablehnt, ist ungeeignet für den öffentlichen Dienst.
- Gegen jeden Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der sich verfassungsfeindlich betätigt, ist ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung einzuleiten.

Die Bekämpfung der politisch motivierten Straf- und Gewalttaten ist nicht nur eine Frage von Ausrüstung, Ausstattung und personeller Besetzung der Polizei, sondern eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Die CDU fordert daher

- Auseinsetzungen mit den geistigen Ursachen der politischen Gewaltkriminalität und des Terrorismus;
- keine Bündnisse von Angehörigen demokratischer Parteien mit Verfassungsfeinden wie Kommunisten oder Neo-

Nazis, insbesondere auch an den Schulen und Hochschulen.

- keine Verharmlosung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten.

V. Einsparungsvorschläge für die öffentlichen Haushalte im Lande Bremen

Die Begründung für die Notwendigkeit rigoroser Sparmaßnahmen in den bremischen öffentlichen Haushalten ist im Kapitel I, Abschnitt 2.7 (S. 10) genannt. Im einzelnen schlägt die CDU dazu vor:

- Verminderung der Zahl der Senatsressorts von dreizehn auf höchstens neun;
- Beschränkung der Zahl der Senatsdirektoren auf einen für jedes Ressort;
- Abschaffung aller Pressereferentenstellen in den einzelnen Senatsressorts, Beschränkung der Öffentlichkeitsarbeit des Senats auf die Senatspressestelle;
- Verminderung der Zahl der Deputationen auf eine staatliche Deputation für jedes Ressort;
- Änderung des Rechnungshofgesetzes, so daß der Präsident beauftragt wird, regelmäßig in seinem Bericht Struktur und Arbeitsweise der Landes- und der Kommunalverwaltungen Bremens und Bremerhavens zu beurteilen und Verbesserungsvorschläge zu machen;
- Überprüfung von Dienstleistungsbereichen zwecks möglicher Ausgliederung aus der Verwaltung und deren Veralterung als Eigenbetriebe oder Eigen- bzw. Beteiligungsgesellschaften, soweit sie nicht privatisiert werden können;
- Vereinfachung der Beschaffungsbestimmungen für geringwertige Wirtschaftsgüter (besonders bei Sozial- und Erziehungseinrichtungen), um kurzfristige Beschaffungen (Sonderangebote) auch ohne Ausschreibung zu ermöglichen;

- Auflösung der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau und Übertragung der Aufgaben auf die Senatskanzlei;
- Abschaffung des Landesamts für Entwicklungszusammenarbeit und Übertragung der Aufgaben auf das Wirtschaftsressort;
- Versetzung der noch vorhandenen Planungsbeauftragten für die ressortübergreifende zentrale Planung bei den einzelnen Senatsressorts und Wahrnehmung der Aufgaben durch die Planungsleitstelle der Senatskanzlei;
- Zusammenlegung der Hochschule für öffentliche Verwaltung und der Verwaltungsschule;
- schrittweise Auflösung der staatlichen und kommunalen Werkstätten und Druckereien;
- Auflösung des Ausbildungs- und Prüfungsamts für die einstufige Juristenausbildung und Übertragung seiner Aufgaben auf das Gemeinsame Prüfungsamt der Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen für die Große Juristische Staatsprüfung, so daß auch bei unterschiedlicher Ausbildung die volle Vergleichbarkeit der Abschlüsse in der zwei- und einstufigen Juristenausbildung erreicht wird;
- Zusammenlegung der heute an mehreren Standorten untergebrachten Verwaltungs-, Sozial- und Arbeitsgerichte an einem zentralen Standort;
- Einrichtung entscheidungsbefugter Widerspruchsausschüsse für das verwaltungsgerichtliche Vorverfahren nach dem Muster der Länder Rheinland-Pfalz und Saarland zur Entlastung der Verwaltungsgerichte;
- Einrichtung und Ausbau von Schlichtungs- und Schiedsstellen zur Entlastung der Gerichte;
- Anpassung der Einkommensgrenzen für die Inanspruchnahme der öffentlichen Rechtsberatung entsprechend dem Beratungshilfegesetz;

- einschneidende Verminderung der Zahl der Schulaufsichtsbeamten sowie der Zahl der Referate und Referenten in der Bildungsbehörde bei klarer Trennung der staatlichen und kommunalen Zuständigkeiten;
- Zusammenfassung des Landesamts für Schulpraxis und Lehrerbildung mit dem Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis;
- Verkleinerung der zu umfangreichen Lernbuchliste, um die Verwendung der Bücher durch eine größere Zahl von Schülergenerationen möglich zu machen;
- Zusammenfassung der Landesbildstelle und der Landeszentrale für politische Bildung;
- Verminderung der für Selbstverwaltungsaufgaben der Universität und Fachhochschulen vorgesehenen Arbeitszeit der Professoren und Hochschullehrer um die Hälfte zugunsten der Lehraufgaben;
- Streichung der Mittel für die Gesellschaft für Humanisierungsforschung;
- Zusammenlegung einzelner Studiengänge an der Universität und personelle Ausdünnung der Lehramtsstudiengänge;
- Abbau der Zahl der Lehraufträge an der Universität und den Fachhochschulen bei entsprechender Auslastung der Lehrkapazität der Hochschullehrer;
- Umwandlung der Arbeitsstelle Arbeiterkammer an der Universität unter Beibehaltung des Kooperationsvertrags in einen unter der Verantwortung der Arbeiterkammer zu finanzierenden Drittmittelforschungsbereich;
- prozentuale Erhöhung der Kapazitätsverordnung für die Nutzung und den Ausbau der Hochschulen zugrundeliegenden Flächenrichtlinien und Hochschullehrer-Studenten-Relationen;
- Zusammenfassung des Landesjugendamts und Jugendamts Bremen;
- Veralterung der kommunalen Kliniken der Städte Bremen und Bremerhaven;

- Übertragung der Fleischbeschau in den Schlachthöfen vom Veterinäramt auf öffentlich bestellte private Fleischbeschauer.
- Überprüfung aller Leistungen in der Sozial- und Jugendhilfe, die nicht auf gesetzlichen Verpflichtungen beruhen.
- Teilumwandlung der Sozialhilfe für Asylbewerber in Sachleistungen.
- Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Heranziehung Dritter zur Kostenerstattung für Sozial- und Unterhaltsleistungen.
- Verselbständigung des Martinshofs.
- Einstellung der Maßnahmen zur Neuordnung der sozialen Dienste.
- drastische Herabsetzung der Zahl der Gutachten in allen Bereichen.
- Übertragung von Aufgaben des Stadtplanungsamts auf Dritte.
- Übertragung von Aufgaben des Hochbauamtes auf Dritte und Eingliederung der restlichen Funktionen in die senatorische Behörde.
- Überprüfung der Bezuschussung überregionaler Einrichtungen.
- Überprüfung aller Subventionen auf ihre Notwendigkeit bzw. Höhe mit dem Ziel der Reduzierung.
- Veräußerung nicht benötigter öffentlicher Grundstücke und Gebäude.

VI. Einzelthemen

Asylbewerber

Die CDU bejaht nachdrücklich, daß politisch Verfolgten Asyl zu gewähren ist. Sie unterstützt zugleich alle Bemühungen, den Menschen, die angesichts millionenfacher Verfolgung und Not ein menschenwürdiges Dasein suchen, zu helfen. Auch die Bundesrepublik Deutschland hat jedoch weder die Kraft noch die Möglichkeit, sich den notleidenden Menschen anderer Länder schrankenlos zu öffnen. Sie ist kein Einwanderungsland. Die CDU fordert daher geeignete Maßnahmen, damit entsprechend der Zweckbestimmung von Artikel 16 Abs. 2 GG ausschließlich den politisch Verfolgten Asyl gewährt wird.

Die CDU unterstützt Bemühungen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, durch eine Neuregelung des Asylverfahrensrechts unter Erhaltung des Rechtsschutzes der Asylbewerber das Verfahren weiter zu vereinfachen und zu beschleunigen. Über die durch das Asylverfahrensgesetz erzielte Beschleunigung der Asylverfahren hinaus müssen alle notwendigen politischen und verwaltungsrechtlichen Schritte unternommen werden, um dem Zustrom von Asylbewerbern entgegenzuwirken. Insbesondere sind außenpolitische Maßnahmen zur Eindämmung des Asylmißbrauchs zu ergreifen und dabei die Interessen der Länder zu berücksichtigen.

Die CDU fordert, beim Bund darauf hinzuwirken, für die Unterbringung der Asylbewerber zu sorgen und entsprechende Bundessammellager für Ausländer gemäß § 39 Ausländergesetz zu bestimmen und zu unterhalten.

Die CDU fordert darüber hinaus weitergehende Maßnahmen gegen den Mißbrauch des Asylrechts. Dazu gehören insbesondere

- Maßnahmen gegen die illegale Einwanderung mit Hilfe von deutschen und ausländischen „Schlepperorganisationen“, Geschäftemachern und deren Helfern,
- Vorrang von Sachleistungen zum Lebensunterhalt anstelle ausschließlicher Bargeldzahlungen;

- Heranziehung von Asylbewerbern zu gemeinnützigen Arbeiten nach dem Bundessozialhilfegesetz einschließlich der Betreuung ihrer Unterkünfte.
- Überprüfung der Asylbewerber auf illegale Erwerbstätigkeiten.

Ausbildungsförderung

Im Bereich der Ausbildungsförderung für Schüler strebt die CDU mit dem Bund und den Ländern die gemeinsame Fortführung der Förderung von Schülern aus einkommensschwachen Familien an. Die von der CDU gewollte differenzierte Schule erfordert, daß Schüler, die aufgrund ihrer Begabung für den Besuch einer weiterführenden Schule befähigt sind, nicht durch finanzielle Erwägungen hieran gehindert werden. Daher lehnt die CDU das Vorgehen des SPD-Senats ab, durch die Einschränkung der Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz eingesparte Mittel ersatzlos zu streichen. Die CDU wird statt dessen beim Scheitern einer Bund-Länder-Regelung oder einer einheitlichen Länderregelung eine landeseigene Ausbildungsförderung aufbauen und verwirklichen.

Die Vergabe von Mitteln zur Ausbildungsförderung der Studenten als Darlehn in Verbindung mit der sozial- und leistungsorientierten Gestaltung der Rückzahlungsbedingungen im novellierten Bundesausbildungsförderungsgesetz wird von der Bremer CDU mitgetragen. Wegen der in der Regel zu erwartenden höheren Einkommen der Hochschulabsolventen bedeutet ein generelles Absehen von der Rückzahlung der aus Steuermitteln geleisteten Förderung eine Privilegierung gegenüber anderen Arbeitnehmern.

Ausländische Mitbürger

In der Bundesrepublik Deutschland leben zur Zeit über 4,7 Millionen Ausländer. Sie stellen auch das Land Bremen mit bisher über 40 000 Ausländern vor große Probleme. Deshalb ist dringend ein mit den anderen Bundesländern abgestimmtes Konzept zur Ausländerpolitik für das Land Bremen erforder-

derlich. Es muß sich am Gemeinwohl aller Bürger ausrichten und soll von der Partnerschaft mit den ausländischen Mitbürgern getragen sein. Dabei ist allerdings davon auszugehen, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Einwanderungsland ist. Die von der SPD praktizierte Ankopplung der bismarckschen Ausländerpolitik, z.B. beim Zuzug von Familienangehörigen, muß beendet werden.

Der Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer muß beibehalten werden. Auch durch den Beitritt weiterer Länder zur EG darf kein uneingeschränkter Zuzug ermöglicht werden. Insbesondere müssen die Verhandlungen mit der Türkei über die Einschränkung der Freizugigkeitsrechte aus dem Beitrittsabkommen zügig fortgesetzt werden. Der Familiennachzug ist zu begrenzen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß für Ausländer die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Rückkehr erleichtert werden. Für die freiwillige Rückkehr können als Rückkehrhilfe die Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes, die vereinfachte Beitragserstattung in der gesetzlichen Rentenversicherung sowie gezielte Entwicklungshilfe für die Herkunftsländer zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Frage kommen.

Schwerpunkt der Ausländerpolitik der CDU ist darüber hinaus die Verbesserung der Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer. Um die Lebenschancen der zweiten Ausländergeneration (Kinder der jetzigen ausländischen Arbeitnehmer) in der Bundesrepublik zu verbessern, fordert die CDU klare Prioritäten. Diese Kinder und Jugendlichen dürfen nicht in gesellschaftlicher Isolation aufwachsen. Ihnen soll vielmehr die gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden, ohne ihre nationale und kulturelle Identität mit dem Heimatland der Eltern zu zerstören. Daher kommt eine Politik der Eindeutschung ebensowenig in Betracht wie die Entfremdung von der Familie.

Beiräte

Die Beiräte beraten über alle Angelegenheiten,

die für ihren Staat von öffentlichem Interesse sind und ihren örtlichen Zuständigkeitsbereich betreffen. Sie sind ein wichtiges Instrument der von der CDU gewollten bürgernahen Kommunalpolitik. Zur Stärkung des Gewichts der Beiräte fordert die CDU die Direktwahl durch die Bevölkerung des jeweiligen Stadtteils.

Bürgerinitiativen

Unser demokratischer Staat braucht auch freie Initiativen und Gruppen, welche die Sachkunde, das Verantwortungsbewußtsein und die tätige Mithilfe möglichst vieler Bürger aktivieren. Solche Bürgerinitiativen tragen zur Belebung der Demokratie bei und können ihr neue Impulse geben. Da sie meist Sonderinteressen vertreten, ist es Aufgabe der politisch Verantwortlichen, ihre Forderungen in übergreifende gesamtpolitische Überlegungen einzubeziehen. Bürgerinitiativen dürfen sich nicht Zuständigkeiten anmaßen, die den gewählten öffentlichen Körperschaften zustehen.

„C“ in der CDU

Die Christlich Demokratische Union orientiert ihr Denken und Handeln an den Grundsätzen einer Politik aus christlicher Verantwortung. Aus christlichem Glauben läßt sich jedoch kein bestimmtes politisches Programm ableiten. Aber er gibt uns mit seinem Verständnis vom Menschen eine ethische Grundlage für verantwortliche Politik. Auf dieser Grundlage ist gemeinsames Handeln von Christen und Nichtchristen möglich, insbesondere auch für die Grundwerte der Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei ist das christliche Verständnis vom Menschen Grundlage und Maßstab zugleich.

Der Mensch ist zur freien Entfaltung im Zusammenleben mit anderen geschaffen. Seine Freiheit beruht auf einer Wirklichkeit, welche die menschliche Welt überschreitet. Der Mensch verdankt sie weder sich selbst noch der Gesellschaft. Er ist nicht das letzte Maß aller Dinge. Seinem Bedürfnis, sich und der Welt einen Sinn zu geben, kann er aus eigener Kraft nicht gerecht werden. Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt.

Er steht in der Verantwortung vor seinem Gewissen und damit nach christlichem Verständnis vor Gott. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen.

Der Mensch ist auf Zusammenleben mit anderen — vornehmlich in festen sozialen Lebensformen — angelegt. Sein Leben verkümmert, wenn er sich isoliert oder im Kollektiv untergeht. Sein Wesen erfüllt sich in der Zuwendung zum Mitmenschen, wie es dem christlichen Verständnis der Nächstenliebe entspricht.

Unterschiede in Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen. Sie sollen offen und in gegenseitiger Achtung ausgetragen und dadurch fruchtbar gemacht werden. Im Streit um den besten Weg muß jeder seinen Standpunkt selbst verantworten. Kein Mensch verfügt über die absolute Wahrheit. Widerstand gilt daher denen, die ihre Überzeugungen anderen aufzwingen wollen.

Jeder Mensch ist Irrtum und Schuld ausgesetzt. Diese Einsicht bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren. Sie läßt uns den Menschen nüchtern sehen und gibt unserer Leidenschaft in der Politik das menschliche Maß.

Denkmalpflege

Die Denkmalpflege muß durch Pflege erhaltenswerter Bausubstanz die Lebensqualität des Menschen in der Gemeinschaft sichern. Die Erhaltung historischer Bauten und gewachsener Strukturen ist Grundlage für das historische, politisch-soziale und geistige Selbstverständnis einer Stadt und trägt zur Unverwechselbarkeit ihres Bildes bei. Versäumnisse in der Denkmalpflege leiten den Abriss historischer und lokaltypischer Bauten ein und fördern architektonischen Wildwuchs, der zur Verelendung der Stadtlandschaft führt. Die CDU will bedrohte Bausubstanz unter Schutz stellen und im Rahmen privater und öffentlicher Förderung ihre Restaurierung gewährleisten.

Energie

Für wirtschaftliches Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit ist eine störungsfreie und preiswerte Energieversorgung notwendig. Energiekosten sind als Standortfaktor eine für Ansiedlungsentscheidungen wichtige Basisgröße. Alle konventionellen Energieträger (Kohle, Mineralöl, Erdgas und Wasserkraft) müssen dazu beitragen, den künftigen Energiebedarf zu decken. Eine rationelle und sparsame Energieverwendung, der Ausbau der Kernenergie und die Entwicklung nichtnuklearer Energiesysteme sind Teilstrategien und nicht Alternativen zu einem einzelnen Energieträger. Die Verwendung fossiler Brennstoffe muß durch Entwicklung sicherer und umweltfreundlicher regenerativer Energiesysteme entbehrlich gemacht werden.

Wirtschaftlichem Wachstum lag in der Vergangenheit eine überproportional große Zunahme des Energieverbrauchs zugrunde. Rationeller Einsatz und sparsame Verwendung sind dringend erforderlich, um den notwendigen Energieverbrauch so gering wie möglich zu halten. Die CDU tritt daher für umfassende Energieeinsparung ein. Sie muß sich auf die möglichen Einsparungspotentiale in allen Verbrauchssektoren (private Haushalte, Industrie, Verkehr und Energie) erstrecken und staatlich gefördert werden.

Ohne vernünftigen Ausbau der Kernenergie wird es in Zukunft keine ausreichende Energiebasis geben. Kernenergie eignet sich besonders zur Grundlastabdeckung der Elektrizitätsversorgung. Der Sicherheit von Kernkraftwerken und der Entsorgung müssen zum Schutz des Lebens und der Gesundheit auch künftiger Generationen weiterhin Vorrang eingeräumt werden. Durch ein umfassendes Entsorgungskonzept einschließlich Wiederaufarbeitung und Endlagerung wird die Gefährdung künftiger Generationen durch radioaktiven Abfall praktisch ausgeschlossen.

Die CDU unterstützt das von der Klockner-Hütte geplante Projekt der Kohlevergasung und hat sich wesentlich bei der Bundesregierung für eine Förderung dieser zukunftssicheren Technologie eingesetzt. Sie hält das

Verfahren für einen geeigneten Weg der Veredelung heimischer Energieträger

Der geplante Ausbau des Kraftwerks Hasstedt zu einem kombinierten Heizkraftwerk wird von der CDU begrüßt, weil das Verfahren der Kraft-Wärme-Koppelung zur höheren Ausnutzung des Energieträgers und durch den Ausbau der Fernwärme zur Verringerung der Umweltbelastung führt. Jedoch müssen im Kraftwerk alle technischen Möglichkeiten zur Verringerung der Umweltbelastung genutzt werden, unter anderem durch den Einbau einer Entschwefelungsanlage.

Um auch in Zukunft die Energieversorgung für die Stadt Bremen sicherzustellen, hält die CDU die Freihaltung einer Fläche im Neustädter Hafen für ein Kraftwerk für notwendig. Der Bau eines solchen Kraftwerks muß jedoch unter Beachtung der damit verbundenen Umweltbelastung erfolgen.

Energiepolitik darf nicht nur Fachleuten vorbehalten bleiben. Sie geht alle Bürger an. Deshalb haben die Bürger ein Anrecht auf mehr Information und Transparenz. Der offene Dialog mit den Bürgerinitiativen wird befürwortet. Bürgerinitiativen, die Mängel aufzeigen und neue Problemstellungen signalisieren, sind unsere Partner. Die CDU setzt sich für eine Politik ein, welche die Anliegen solcher Bürgerinitiativen aufgreift und versucht, Konflikte zu klären und zu beseitigen. Die endgültige Entscheidung jedoch muß in unserer repräsentativen Demokratie im Parlament getroffen und verantwortet werden.

Entwicklungshilfe

Die zunehmende internationale Arbeitsteilung der Volkswirtschaften, die Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts, die Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt und die zunehmende Verknappung von Rohstoffen und fossilen Energieträgern verlangen, daß auch die Entwicklungspolitik des Landes Bremen fortgeführt wird. Ihr finanziell begrenzter Beitrag muß in erster Linie dazu dienen, in den ärmsten Ländern der Erde (LLDC-Vierte Welt) menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen. Vor allem muß dort die Befriedigung der menschlichen

Grundbedürfnisse gesichert werden. Zur Entwicklungspolitik gehört auch die Förderung der elementaren Menschenrechte, die in vielen dieser Länder durch einseitige Machtstrukturen verletzt werden. Nur so erhalten diese Länder die Chance, sich eigenverantwortlich, sozial und friedlich zu entwickeln.

Entwicklungspolitik muß langfristig ausgerichtet sein und darf nicht auf kurzfristige Erfolge hoffen. Sie soll Hilfe zur Selbsthilfe sein und darf nicht durch internationalen Protektionismus oder Dirigismus behindert werden. Es sollen sich selbst tragende Entwicklungsprozesse initiiert und unterstützt werden. Die internationale Arbeitsteilung und ein freier Zugang zu den Märkten sind Voraussetzungen dafür, daß Entwicklungshilfemaßnahmen erfolgreich durchgeführt werden können.

Entwicklungshilfe darf jedoch nicht nur von staatlichen Stellen getragen werden. Privates Engagement ist notwendig. Deshalb hat die Bremer CDU die Patenschaft für ein Projekt in der guatemalteckischen Kleinstadt Santiago Sacatepequez übernommen. Sie unterstützt dort den Ausbau einer Schule für Indios, die 1976 durch ein Erdbeben schwer beschädigt wurde. Unterstützung finden auch die Pilotprojekte der bremischen Entwicklungshilfe, wie der Einsatz von Bio-Gas-Anlagen in Indien und Mali, die Slum-Sanierung in indischen Städten und die Förderung der Fischereiwirtschaft in Indonesien und Tunesien.

Die CDU fordert, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit mehr Verständnis für Sorgen, Nöte und Probleme der Entwicklungsländer zu wecken. Die Diskussion über angebliche wirtschaftliche Not in der Bundesrepublik geht von einem Wohlstandsniveau aus, das die heute in den Entwicklungsländern lebenden Menschen nicht mehr erleben werden. Sie unterstützt deshalb auch alle Bestrebungen, Fachleute vorübergehend in Entwicklungsländer zu entsenden.

Fachhochschulen

Fachhochschulen verwirklichen die Verbindung von Lehre und Praxis zu einer anwen-

dungsbezogenen wissenschaftlichen Ausbildung. Diese Orientierung am praktischen Anwendungsbezug bedingt die Eigenständigkeit der Fachhochschule und grenzt sie von der Universität ab. Die von der SPD betriebene Entwicklung zu einer integrierten Gesamthochschule, also der Zusammenfassung von Fachhochschulen und Universität, lehnt die CDU daher ab.

Die wegen des beruflichen Praxisbezugs qualitativ gute Ausbildung kann nur durch Lehrkräfte vermittelt werden, die über umfangreiche praktische Erfahrungen verfügen. Die anwendungsbezogene Lehre, die auf die berufliche Tätigkeit vorbereitet, bedingt, daß der Praxisbezug durch ständigen Kontakt mit Vertretern und Einrichtungen der beruflichen Praxis und der Wirtschaft gestärkt wird.

Die CDU hat den gewaltsamen Zusammenschluß von eigenständigen und gewachsenen Fachhochschulen (wie vor allem der Hochschule für Nautik, der Hochschule für Technik und der Hochschule für Wirtschaft) zur Hochschule Bremen scharf kritisiert. Da eine Rückverlagerung ohne weitere Unruhe nicht mehr möglich ist, wird die CDU dafür sorgen, daß die Eigenständigkeit der Fachbereiche gesichert wird.

Flächennutzungsplan für die Stadt Bremen

Der von der SPD-Mehrheit in der Bürgerschaft beschlossene Flächennutzungsplan enthält schwere Fehler zum Nachteil Bremens. Insbesondere die Verdrängung kleiner und mittlerer Betriebe aus Mischgebieten, die künftig Wohngebiete werden sollen, wird betriebliche Existenzen und damit Arbeitsplätze in Bremen vernichten. Damit vertreibt die SPD abermals Unternehmen ins niedersächsische Umland. Dies gilt umso mehr, als der neue Flächennutzungsplan wiederum nicht genügend regional gegliederte Gewerbeflächen enthält. Die CDU fordert, daß insbesondere in gewachsenen Strukturen ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten möglich bleibt. Dies ist durch die Ausweisung von Mischgebieten erreichbar, die bestehenden Betrieben Zukunftschancen offenhalten.

Daneben müssen genügend Wohnbauflächen (siehe Wohnungsbau) und Gewerbeflächen (siehe Gewerbeflächen) angeboten werden.

Flughafen

Die Bedeutung des Bremer Flughafens für Infrastruktur und Arbeitsmarkt Bremens und seines Umlandes kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Flughafen, Luftverkehr und zugehörige Industrie sichern unmittelbar mehr als 7 000 Beschäftigten einen Arbeitsplatz in Bremen, hinzuzurechnen sind weitere 8 000 Arbeitnehmer, deren Arbeitsplätze mittelbar von der Funktionsfähigkeit des Flughafens abhängen.

Der Flughafen ist eine wichtige Ergänzung zu den nassen Häfen. So wurden 1982 am Bremer Flughafen rund 643 000 Passagiere gezählt, wovon jeder zweite außerhalb der Grenzen Bremens wohnt und arbeitet. Der Bremer Flughafen hat eine große Bedeutung als Standortfaktor für die Ansiedlung neuer Unternehmen in Bremen und im Umland.

Die CDU vertritt den Standpunkt, daß der Flughafen voll funktionsfähig und sicher sein muß. Entsprechende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Flugbetriebes und zur Anpassung des Flughafens an geltende Sicherheitsvorschriften sind zu vollziehen. Dazu gehört die volle Nutzbarmachung der vorhandenen Start- und Landebahn einschließlich der Ochtumverlegung aus Sicherheitsgründen. Der in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Flughafen wohnenden Bevölkerung müssen für Schallschutzmaßnahmen an Wohngebäuden öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Entschädigungsregelungen bei Schallschutzmaßnahmen sind schnell und unbürokratisch abzuwickeln.

Friedenspolitik

Erhaltung und Sicherung des Friedens sind zentrale Aufgaben der deutschen Politik. Frieden ist dabei ein umfassender Begriff, vor allem mehr als nur das Schweigen der Waffen. Frieden verlangt eine Gesellschaftsordnung, die dem einzelnen in einer gesicherten und friedlichen Umwelt die größt-

möglichen Chancen zur Entfaltung seiner Persönlichkeit gibt. Frieden herrscht also nicht bei verbotener sozialer Ungerechtigkeit und Diskriminierung religiöser oder volkischer Minderheiten oder gar Mehrheiten, auch ohne Anwendung offener Gewalt.

Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker war und ist daher Grundlage für die Deutschland- und Außenpolitik der CDU. Mit ihrer Sicherheitspolitik will die CDU Recht und Freiheit des deutschen Volkes schützen und wie seit über 35 Jahren den Frieden in Europa und der Welt wahren. Dazu dienen

- Abrüstung und Rüstungskontrolle: Die CDU will Frieden schaffen mit immer weniger Waffen durch konkrete und nachprüfbar vereinbarte Vereinbarungen über ein stabiles Gleichgewicht bei Verringerung der atomaren Potentiale möglichst auf Null;
- Dialog mit den Regierungen der Mitglieder des Warschauer Pakts und Zusammenarbeit mit den Staaten des westlichen Bündnisses und der Dritten Welt;
- wirksame Verteidigungsfähigkeit und psychologische Verteidigungsbereitschaft als Voraussetzungen gegen ein militärisches Übergewicht der Sowjetunion.

Der Ausbruch eines Krieges in Europa wird nur durch eine glaubwürdige Verteidigung verhindert. Gewiß will Moskau keinen Atomkrieg entfesseln und scheut wegen des US-Atomschirms trotz intensiver Aufrüstung einen Krieg mit konventionellen Waffen. Moskau will aber die Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin durch wachsende Einschüchterung mit Druck, Drohung und Erpressung gefügig machen.

Sogenannte atomwaffenfreie Zonen bringen daher nicht mehr Sicherheit. Die Bedrohung durch außerhalb dieser Zonen stationierte Atomwaffen besteht weiter. Wegen der konventionellen Überlegenheit des Warschauer Pakts kann die Einrichtung sogenannter atomwaffenfreier Zonen die Risiken eines Angriffs mit konventionellen Waffen sogar überschaubar machen und zu der Fehleinschätzung verleiten, daß ein Überraschungs-

angriff zumindest dort eine Erfolgchance hat.

Die CDU erstrebt daher

- Stärkung der Atlantischen Gemeinschaft durch alle Verantwortlichen in Bremen und Bremerhaven als einer Freiheitsgemeinschaft, Friedensgemeinschaft und Wertegemeinschaft;
- Unterstützung der Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen, insbesondere durch den Abbau von real existierenden sowjetischen Raketen und entsprechenden Verzicht auf die Stationierung angekündigter US-Raketen sowie allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen auf ein möglichst niedriges Niveau militärischen Gleichgewichts, nachdem die NATO als Vorleistung bis Ende 1980 schon tausend nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen hatte;
- Anerkennung des Wehrdienstes der Bundeswehrsoldaten als Friedensdienst, der den Auftrag des Grundgesetzes erfüllt, im Rahmen des westlichen Bündnisses die Bundesrepublik Deutschland zu schützen;
- Friedenseziehung in den Schulen im Sinne der Vermittlung von Kenntnissen über Sinn und Aufgabe der Bundeswehr sowie über das Ziel der Sicherheitspolitik, von der Abschreckung durch militärisches Gleichgewicht zu einer gewaltfreien Staatengemeinschaft zu gelangen.

Gewerbeflächen

Bremen braucht für die Ansiedlung neuer Betriebe sowie für die Umsiedlung bereits ansässiger Unternehmen mehr Gewerbeflächen. Sie müssen durch Bebauungspläne abgesichert und erschlossen sein sowie zu Preisen angeboten werden, die mit denen des niedersächsischen Umlands konkurrieren können. Tatsächlich gab und gibt es – auch stadtteilbezogen – zu wenig ausgewiesene Gewerbeflächen. Deshalb wanderten in den letzten zehn Jahren mehr als 350 Betriebe

ins niedersächsische Umland ab.

Die in Bremen und Bremerhaven vorhandenen großflächigen Gewerbegebiete, das Niederland in Bremen und die Luneplate in Bremerhaven, bieten neue Chancen. Ihre Verkehrserschließung muß rechtzeitig erfolgen.

Der von der CDU abgelehnte neue Flächennutzungsplan für die Stadt Bremen zerschlägt in großem Umfang die gewachsenen Strukturen von Wohnen und Arbeiten. Dazu werden bisher als Gewerbegebiet ausgewiesene Flächen zu Mischgebieten erklärt und Mischgebiete zu Wohngebieten. Diese Entwicklung gefährdet Betriebe, die hier ansässig sind, auch dann, wenn sie sich nicht störend auf das Wohnen auswirken. Sie haben künftig weder Erweiterungs- noch wesentliche Umbaumöglichkeiten. Diese Politik der SPD führt dazu, daß mittelfristig Betriebe abwandern oder in ihrer Existenz gefährdet werden. Damit sind Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr.

Die CDU fordert dagegen ein ausgewogenes Verhältnis von Wohnen und Arbeiten und will es dort nebeneinander bestehen lassen, wo die Betriebe das Wohnen nicht wesentlich beeinträchtigen.

Gleichberechtigung

Die CDU tritt für die volle rechtliche und tatsächliche Gleichberechtigung der Frau in allen Lebensbereichen ein. Sie sieht in der Gleichberechtigung nicht Gleichheit, sondern Gleichwertigkeit der Aufgaben von Mann und Frau. Daher muß Partnerschaft zwischen Mann und Frau über den Bereich von Ehe und Familie hinaus auch in der Arbeitswelt sowie im gesellschaftlichen und politischen Raum verwirklicht werden. Für die CDU gelten keine Rollenklischees, die der Frau entweder die Aufgabe der Hausfrau oder der berufstätigen Frau einseitig zuweisen. Immer mehr Frauen sehen im Beruf einen ebenso selbstverständlichen Teil ihrer Lebensplanung wie in ihrem Wirken in der Familie. Die Frau muß frei entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten will, sie soll in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte wählen können.

Zur Erreichung der Gleichberechtigung müssen Hindernisse beseitigt und Maßnahmen getroffen werden, die den Frauen die Verwirklichung ihrer Entscheidung erleichtern. Dazu gehören

- Anerkennung der Hausfrauentätigkeit durch eigenständige soziale Absicherung;
- Öffnung aller Berufe für Mädchen und Frauen, unter anderem durch Abbau veralteter Ausbildungsvorschriften und unzeitgemäßer Arbeitsschutzbestimmungen, ohne den gesundheitlichen Schutz der Frauen zu gefährden;
- Verbesserung der Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten.

Die Tarifpartner werden aufgefordert, bestehende Benachteiligungen der Frau in der Arbeitswelt abzubauen. Dazu gehören

- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;
- flexiblere Arbeitszeitregelungen, die der Verbindung von Beruf und Familie entgegenkommen;
- Bereitstellung qualifizierter Teilzeitarbeitsplätze sowie die Erprobung und Einführung von Job-sharing;
- gleiche Chancen für die Frau beim beruflichen Aufstieg – besonders in allen Laufbahnen des öffentlichen Dienstes.

Hollerland/Horn-Lehe West

Im Gebiet Horn-Lehe West soll nach einer Entscheidung des Senats weiteres Bauland zur Verfügung gestellt werden, um der Abwanderung von Einwohnern entgegenzuwirken. In der Globalplanung für die Jahre bis 1990 hat der Senat festgestellt, daß voraussichtlich mehr als 51 000 Bürger ins Umland ziehen werden, weil es in Bremen nicht ausreichend Bauplätze gibt. Da viele von ihnen weiter in Bremen arbeiten werden, nimmt die Zahl der Pendler und damit die Verkehrsbelastung zu. Allgemeine Umweltbeeinträchtigungen sind damit verbunden.

Die Ausweisung neuer Baugebiete, gleich ob für Wohnungsbau oder für Gewerbe, bedeutet immer einen Eingriff in die Natur. Die CDU hat daher darauf gedrängt, zu überprüfen, inwieweit Horn-Lehe West für eine Be-

bauung geeignet ist bzw. welche Folgen für den Naturschutz eine Bebauung haben wird. Die CDU hat insbesondere die Erstellung verschiedener Gutachten gefordert. Nach deren Auswertung erscheint eine teilweise Bebauung des Hollerlandes unter verschiedenen Auflagen vertretbar. So sollte nach Meinung der CDU nur eine Randbebauung erfolgen, wobei es zuvor zu Ausgleichsmaßnahmen kommen muß. Vor allem müssen die bedrohten Tier- und Pflanzenarten erfolgreich umgesetzt werden. Die CDU wird ihre endgültige Zustimmung zur Bebauung erst dann geben, wenn sichergestellt ist, daß die von den zuständigen Fachleuten der Naturschutzbehörde gemachten Auflagen erfolgreich durchgeführt sind.

Im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens wird sich die CDU dafür einsetzen, daß keine verdichtete Bebauung erfolgt. Es sollen zum überwiegenden Teil Eigenheime errichtet werden, wobei diejenigen, die dort wohnen möchten, Grundstücke und Gebäude nicht nur über Wohnungsbau-Gesellschaften erhalten sollen.

Job-Sharing

Ein „Job-sharing“-Arbeitsverhältnis eröffnet den Arbeitnehmern die Möglichkeit, ihre Arbeitszeit selbst bestimmen und einteilen zu können. Hierbei teilen sich mindestens zwei Arbeitnehmer Pflichten und Rechte eines Vollzeit Arbeitsplatzes und verabreden kooperativ eine individuell gewünschte Arbeitszeit.

Die flexible Arbeitszeitgestaltung bietet den Arbeitnehmern mehr Selbstentfaltung am Arbeitsplatz, fördert die eigene Leistungsbereitschaft, hilft, den Zeitbedürfnissen der Familie Rechnung zu tragen, und sie ist ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeitswelt. Darüber hinaus können bei diesem Verfahren mehr Arbeitssuchende am Erwerbsleben beteiligt werden, so daß hiermit auch ein Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit geleistet wird. Die Tarifpartner werden aufgefordert, in ihren Verträgen diese Form der Arbeitszeitgestaltung zu ermöglichen.

Jugendfreizeitheim

Jugendfreizeitheim und Jugendzentren ha-

ben für die Freizeitgestaltung vieler jugendlicher große Bedeutung. Deshalb müssen in den einzelnen Stadtteilen kleine und überschaubare Jugendbegegnungsstätten vorhanden sein. Große Jugendzentren sind dementsprechend umzugestalten. Der Entwicklung einiger Jugendfreizeitheime zum fast alleinigen Treffpunkt von Minderheiten ist entgegenzuwirken.

Die CDU wird zur Verbesserung der Situation in den Jugendfreizeitheimen folgende Maßnahmen ergreifen:

- Anpassung des Freizeitangebotes in den Jugendheimen entsprechend den Bedürfnissen der Jugendlichen, Gleichberechtigung langfristiger Zielgruppenarbeit mit sogenannten Konsumangeboten wie Disco- und Filmabenden;
- Heranführung der Jugendlichen zur weitgehenden Mitgestaltung der Arbeit in den Jugendheimen;
- Erweiterung der Öffnungszeiten der Jugendfreizeitheime auf die Wochenenden und Ferienzeiten;
- Beseitigung schwerfälliger bürokratischer Abrechnungsverfahren, flexiblere Handhabung bei Materialbeschaffung;
- Berücksichtigung der vorhandenen Angebote für die Freizeitgestaltung von Jugendlichen bei der Standortplanung weiterer kommunaler Freizeiteinrichtungen;
- Überprüfung der jetzigen Organisationsstruktur der Jugendfreizeitheime und Jugendzentren mit dem Ziel, gegebenenfalls freie Träger einzubeziehen und eine größere Eigenständigkeit zu erreichen.

Kinderspielplätze

In unmittelbarer Nähe der Wohnungen muß es geeignete Kinderspielplätze geben. Das gilt insbesondere für die Altbaugelände und die Neubaugebiete mit einem hohen Anteil von Mehrfamilienhäusern. Vor allem fehlen Spiel- und Bolzplätze für größere Kinder. Entwicklungsschäden junger Menschen, die der Gesellschaft heute Probleme bereiten, sind häufig auch auf das Fehlen solcher Frei- und Bewegungsräume im Kindesalter zurückzuführen.

Kirche und Politik

Die Kirchen vertreten und formulieren sittliche und moralische Anforderungen für die Existenz des ganzen Menschen und das gesamte menschliche Verhalten. Die Politik regelt und ordnet auf der jeweiligen Ebene das menschliche Zusammenleben. Es gibt also unvermeidbare Überschneidungen. Sie müssen zu Konflikten führen, wenn ein kirchlicher Amtsträger mit dem moralischen und sittlichen Gewicht der Kirche politische Sachverhalte mit dem Anspruch auf unumstößliche göttliche Wahrheit beurteilt. Er macht damit die Kirche zu einer Partei unter Parteien und zieht sie in den politischen Tageskampf. Sie wird dadurch zum Ärgernis für politisch Andersdenkende.

Die CDU wird wie in der Vergangenheit das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen sowie ihre Freiheit, sie in der Gesellschaft zu verwirklichen, unangetastet lassen. Die CDU anerkennt die vorbildlichen Leistungen der Kirchen im praktischen Dienst am Nächsten, wird ihren Fortbestand sichern sowie Mitverantwortung und Mitgestaltung für das Gemeinwohl fördern. Sie erwartet aber von den Kirchen und ihren Amtsträgern die sich aus dem religiösen und kirchlichen Auftrag ergebende Zurückhaltung in der Tagespolitik.

Kleingärten

Kleingärten bilden ebenso wie Parkanlagen die Grüngürtel einer Stadt — allerdings mit dem Unterschied, daß öffentliche Anlagen mit Steuergeldern unterhalten werden müssen, während der Kleingärtner für die Pflege seines Gartens selbst aufkommt. Gepflegte Kleingartenanlagen gehören zu den beliebtesten Spazierwegen. Sie wirken wie ein Magnet auf Besucher, was ihren hohen Freizeit- und Erholungswert unterstreicht. Darüber hinaus leistet der Kleingärtner einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Umweltschutz.

Die CDU hat deshalb durch Gesetzgebungsmaßnahmen auf Bundesebene sichergestellt, daß Kleingartengebiete auf Dauer in Bebau-

ungsplänen festgeschrieben werden können.

Die CDU wird sich in Bremen dafür einsetzen, daß Entschädigungen für die Raumdung von Kissen-Wohnungen weitergezahlt werden. Sie garantiert das vereinbarte Auswohnrecht.

Kulturelle Einrichtungen

Die SPD hat in Bremen alle kulturellen Institutionen in einem sogenannten Kulturentwicklungsplan zusammengefaßt. Diesem sind fragwürdige Zielzahlen und unrealistische finanzielle Daten zugrunde gelegt. Staatlich verordnete Kulturlenkung rückt darin zu Lasten bestehender traditioneller Einrichtungen in den Vordergrund. Die CDU lehnt reglementierende Eingriffe in das Kulturleben und eine illusionäre, nicht bezahlbare, weitgestreute Kulturpolitik ab. Sie fordert eine Kulturförderung, die realistisch ist und ihren Schwerpunkt in der Erhaltung und Förderung der vorhandenen und bewährten Kultureinrichtungen sieht (S. Einzelthema Kulturpolitik). Die Vielfalt des Bremer Theaterwesens muß gewährleistet bleiben. Die CDU setzt sich deshalb neben der Erhaltung der städtischen Theater auch für eine Unterstützung privater Theaterinitiativen und vor allem der Laienbühnen ein. Die CDU will auch andere kulturelle Aktivitäten fördern, aber nicht ausschließlich dezentrale Stadtteilprogramme oder die Unterhaltung von Kulturclubs finanzieren. Die kulturelle Stadtteilarbeit soll dann unterstützt werden, wenn auf vorhandenen Trägervereinen aufgebaut werden kann.

Kulturpolitik

Die Kultur ist in aller Vielfalt ihrer Erscheinungen eine humane Gestaltungsform, die als Teil unserer Wirklichkeit Einfluß auf den einzelnen nimmt. Die Begegnung mit der Kunst, mit Musik und Literatur erschließt schöpferische Begabungen, Fähigkeiten und Neigungen des Menschen und regt Phantasie und Freude am Gestalten an.

Diese individuelle Ausdrucks- und Gestaltungsform ist staatlicher Planung, Verwaltung und Organisation weitgehend entzogen.

Der freiheitliche Staat kann deshalb seinen Kulturauftrag nur sinnvoll wahrnehmen, wenn er sich jenes Maß an Selbstbeschränkung auferlegt, das allein den Freiheitsraum des einzelnen garantiert.

Die CDU lehnt deshalb die Monopolisierungstendenzen der bremischen SPD-Kulturpolitik ab und fordert den Verzicht auf reglementierende Eingriffe in das eigenständige künstlerische Schaffen. Die CDU wird sich für die Erhaltung und Förderung der traditionellen schöpferischen Kreativität privater bremischer Kultureinrichtungen einsetzen und sich jedem System staatlicher Einflußnahme widersetzen. Staatliche Organisation und Planung von Kultur als verordnete Kultur von oben entzieht nicht nur dem individuellen Freiheitsraum den Boden, sondern nähert sich bürokratischer Kulturzensur.

Für die CDU sind die Bewahrung der Bremer Kulturtradition mit ihren bezahlten Einrichtungen, die dem Gemeinsinn Bremer Bürger zu verdanken sind, sowie die Förderung neuer kultureller Wege Aufgabe und Verpflichtung zugleich. Die CDU will das kulturelle Engagement möglichst vieler freier Bürger ermutigen und den Freiheitsraum schützen, in dem sich Kultur entfalten kann.

Landwirtschaft/Landwirtschaftspflege

Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft im Lande Bremen ist begrenzt. Nur knapp 1 Prozent aller Beschäftigten arbeitet dort. Die Zahl der Betriebe betrug 1979 650 und ist rückläufig. Jedoch wird mehr als ein Drittel der Fläche des Landes Bremen landwirtschaftlich oder kleingärtnerisch genutzt. Die Landwirtschaft leistet also einen wesentlichen Beitrag für die Bereitstellung und Pflege von Naherholungsgebieten, indem sie vorhandene Kulturlandschaft soweit wie möglich erhält, insbesondere die für Bremen charakteristischen Weidelandschaften und Flußniederungsgebiete. Bei der Verfolgung land- und wasserwirtschaftlicher Maßnahmen ist den Zielen der Landschaftspflege Rechnung zu tragen.

Lehrerausbildung

Die Bremer Stufenlehrausbildung ist die Konsequenz der von der SPD betriebenen radikalen Veränderung des Bremer Schulwesens. Sie steht im Gegensatz zu dem nach Schularten gegliederten Schulwesen in den anderen Bundesländern. Die Unterscheidung zwischen Studienräten für den Gymnasialzweig und Lehrern für die Grund-, Haupt- und Realschule wurde aufgegeben. Die einheitliche Bezeichnung „Lehrer an öffentlichen Schulen“ wurde bereits vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt.

Die CDU wird durch Änderung des Schulgesetzes und des Besoldungsgesetzes dafür sorgen, daß in einem wieder nach Schularten gegliederten Schulwesen Lehrämter für die unterschiedlichen Schularten geschaffen werden. Damit wird die CDU gewährleisten, daß in Bremen ausgebildete Lehrer auch in den anderen Bundesländern schulartgemäß voll einsetzbar sind.

Lehrer müssen in der ersten universitären Ausbildungsphase sichere fach- und erziehungswissenschaftliche Grundlagenkenntnisse erwerben. Die zweite Ausbildungsphase (Referendariat) ist von 18 wieder auf 24 Monate zu verlängern. Die Weiterbildung wird wichtiger, weil kaum noch erstausgebildete Lehrer eingestellt werden können. Sie ist so zu gestalten, daß der Erwerb anerkannter zusätzlicher Qualifikationen möglich wird. Um den sich rasch wandelnden Problemen gerecht zu werden, müssen alle Lehrer regelmäßig an Lehrerfortbildungsmaßnahmen teilnehmen.

Die außerschulische Erfahrung aller Lehrer muß durch regelmäßige Betriebspraktika erreicht werden. Lehrer an kaufmännischen und gewerblichen Berufsschulen können nur so ihre berufliche Qualifikation wirklich erhalten.

Eine zu weit gehende fachwissenschaftliche Spezialisierung der Grundschullehrer lehnt die CDU aus pädagogischen und schulorganisatorischen Gründen ab. Die Schüler der ersten Klassen sollten möglichst von einer Lehrkraft unterrichtet werden. Die Haupt- und Realschullehrer müssen in mindestens

drei Unterrichtsfächern ausgebildet werden, die Gymnasiallehrer mindestens in zwei vertieft studierten Fächern, um in den Klassen 5 bis 13 unterrichten zu können.

Die Ausbildung zum Lehrer an berufsbildenden Schulen setzt eine abgeschlossene Lehre und das Studium von zwei vertieft studierten Fächern voraus.

Mieter

Die CDU tritt für ein Mietrecht ein, das einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Mieter und Vermieter schafft. Der bewährte bestehende Kündigungsschutz der Mieter soll in vollem Umfange erhalten bleiben, damit niemandem willkürlich oder wegen des Wunsches nach höheren Mieten gekündigt werden kann.

Bürgern mit geringerem Einkommen sollen Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt werden. Dort muß nur die Kostenmiete gezahlt werden, in der allerdings erhebliche staatliche Subventionen enthalten sind. Die neue Bundesregierung hat eine Milliarde DM für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt, so daß auch das Land Bremen weiter Sozialwohnungen bauen kann.

Im freifinanzierten Wohnungsbau werden wieder mehr Wohnungen gebaut, nachdem die neuen Mietgesetze der neuen Bundesregierung die Anlage von Kapital im Wohnungsbau wieder interessant gemacht haben und staatliche Bürokratie bzw. Gängelung zurückgedrängt wurden. Die CDU wird durch ihre Politik sicherstellen, daß man nicht nur den Anspruch auf eine Wohnung erheben kann, sondern auch eine Wohnung bekommt! Ein ausreichendes Angebot von Wohnungen ist nach Auffassung der CDU der beste Mieterschutz.

Museen

Die Museen müssen die ihnen anvertrauten wertvollen Kulturgüter bewahren, pflegen, ordnen und wissenschaftlich erschließen. Weiterhin sollen möglichst viele Mitbürger an die durch diese unersetzlichen Güter vermittelte Kultur herangeführt werden, um kulturelles Erbe und kulturelle Vielfalt zu

vermitteln. Diese Aufgaben können die Museen in Bremer und Bremerhaven zunehmend weniger erfüllen, weil den vermehrten Anforderungen an ihre Arbeit erhebliche Mittelzuweisungen gegenüberstehen. Die CDU wendet sich gegen eine zu starke und zu wenig kompetente museumspädagogische Bevormundung durch den Senator für Wissenschaft und Kunst. Museumspädagogik ist vorrangig von den jeweiligen Museen zu leisten. Das Überseemuseum muß wieder seinen guten alten Ruf gewinnen und ein Anziehungspunkt werden. Wertvolle Kulturgüter dürfen nicht länger in den Magazinen versauern, während immer wieder politisch einseitige Ausstellungen und Aktivitäten Besucher abschrecken.

Neue Medien

Im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat muß der mündige Bürger entscheiden können, was er an Information, Meinung, Bildung und Unterhaltung sehen und hören möchte. Die Möglichkeit, Informationen und Meinungen zu verbreiten und zu empfangen, ist deshalb der Kern einer freiheitlichen Kommunikationsverfassung. Mehr Programme bedeuten mehr Auswahl, bessere Information, mehr Demokratie. Daher muß die Versorgung der gesamten Bevölkerung mit vielfältigen Rundfunk- und Fernsehprogrammen gesichert werden.

Die CDU betont mit Nachdruck den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems und die in der Verfassung festgelegte Rundfunkhoheit der Länder. Nur deren uneingeschränkte Beachtung und Respektierung sichert die liberale Vielfalt im Medienbereich. Den möglichen Gefahren einer offenen Kommunikationsgesellschaft kann aber nicht durch Monopolisierung begegnet werden. Die dem Gesetzgeber gestellte Aufgabe besteht vielmehr darin, entsprechend Artikel 5 Abs. 1 Grundgesetz Regeln für ein geordnetes Nebeneinander der fortbestehenden Rundfunkanstalten und künftig zuzulassender privater Veranstalter von Rundfunk und Fernsehen aufzustellen. Das Monopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist nicht länger gerechtfertigt. Schwindet der

Frequenzmangel im Verteilernetz, so verliert nämlich in dem Maße das Veranstaltungsmo-
nopol der öffentlich-rechtlichen Rundfunk-
anstalten seine verfassungsrechtliche Legiti-
mation. Schrittweise entfällt die mit ihm ver-
bundene Blockade des Zugangs Privater zum
Rundfunk, und es müssen weitere - auch pri-
vate - Veranstalter zugelassen werden.

Die neuen Kommunikationstechniken sind
eine große Herausforderung, sie bieten
Chancen, aber auch Gefahren. Die CDU
wird nicht hinnehmen, daß durch Verhinde-
rung von Investitionen Zukunftschancen ver-
spielt und so wirtschaftliche Krisen hervorgeru-
fen werden. Sie setzt sich deshalb für die
Einführung neuer Kommunikations- und In-
formationstechniken ein, insbesondere für
Breitbandkabelanlagen, Satellitenhörfunk
und -fernsehen, Ausweitung des UKW-
Hörfunkbereiches. Rundfunk- und Kabel-
kommunikation sind zu fördern und der
Ausbau der Kabelverteilsnetze zu betrei-
ben. Kupferkoaxial- und Glasfasertechnik,
die beide noch lange nebeneinander Verwen-
dung finden werden, beseitigen den Mangel
an Sendefrequenzen und führen zu einer
Ausweitung der Individual- und Massen-
kommunikation. Die zukünftigen Breitband-
netze führen insbesondere zu Nutzungsmö-
glichkeiten bei Datenübertragungen, kom-
merzieller Kommunikation sowie anderen
privaten und öffentlichen Dienstleistungen
(Telefon, Telex, Telefax, Teletext, Bild-
schirmtext, Bildfernsprecher).

Neue Technologien/Ratio- nalisierungen

Mikroprozessoren, Chips, Industrieroboter,
Bildschirmarbeitsgeräte und neue Computer-
generationen eröffnen neue Chancen zur
Verbesserung der Arbeitsbedingungen in
allen Wirtschaftsbereichen und garantieren
die internationale Wettbewerbsfähigkeit der
deutschen Wirtschaft. Weiter beinhalten die
neuen Technologien noch viele ungenutzte
Möglichkeiten, Rohstoffe und Energie zu
sparen. Sie bieten durch neue
Kommunikations- und Steuerungstechnik
ganz neue Möglichkeiten zur Dezentralisie-
rung von Gütererzeugung und -verteilung,

Verteilung von Dienstleistungen in klei-
neren, überschaubaren Einheiten. Gleichzeitig
bringt die Einführung neuer Technologien
neben der Schaffung neuer, zukunftsträchti-
ger Arbeitsplätze starke Veränderungen be-
züglich Anzahl und Art der Arbeitsplätze
mit sich. Rund 40 Prozent aller Industriear-
beitsplätze können langfristig durch Roboter
und Computer ersetzt werden. Die elektro-
nischen Kommunikationstechniken werden in
Büro und Verwaltung Arbeitsplätze überflüs-
sig machen und computergeplanten Arbeits-
einsatz ermöglichen. Neben der Erleichter-
ung der Arbeit können also viele Arbeits-
plätze verlorengehen. Zugleich kommt es zu
starken Veränderungen bei den Qualifika-
tionsanforderungen an die Arbeitnehmer.

Die Auswirkungen technologischer Entwick-
lungsprozesse auf den einzelnen Arbeitneh-
mer und seinen Arbeitsplatz bei Einführung
neuer Technologien müssen berücksichtigt
werden. Die CDU setzt sich daher dafür ein,
daß die möglichen negativen Folgen der Ra-
tionalisierung und Einführung von neuen
Technologien für die Arbeitnehmer und den
Arbeitsmarkt mit entsprechenden Regelun-
gen in Tarifverträgen, Betriebsvereinbarun-
gen und einer Novellierung des Betriebsver-
fassungsgesetzes vermieden bzw. ausgegli-
chen werden. Die bisher vorhandenen Be-
stimmungen im Betriebsverfassungsgesetz
über die Mitbestimmung bzw. Mitwirkung
des Betriebsrates bei technologisch begün-
deter Umsetzung, Kündigung, Veränderung
des Arbeitsablaufes, der Arbeitsumgebung
sowie des Arbeitsplatzes selbst sind stärker
zu nutzen.

Privatschulen

Privatschulen bereichern und ergänzen das
Bildungsangebot. Sie erfüllen zusammen mit
den staatlichen Schulen den öffentlichen
Bildungs- und Erziehungsauftrag als Bestand-
teil einer freiheitlichen Staats- und Gesell-
schaftsordnung. Eltern und Schülern er-
möglichen sie die Wahl zwischen Schulen ver-
schiedener Prägung. Als notwendiges Kor-
rekktiv im Bildungswesen kann es aber nicht
die Aufgabe der Privatschulen sein, die
falsche Schulpolitik im Lande Bremen zu

korrigieren. Die Verfassung verpflichtet den
Staat, ein leistungsfähiges, den unterschiedli-
chen Begabungen gerecht werdendes öffent-
liches Schulsystem zu gewährleisten. Die
guten Leistungen der Schulen in freier Trä-
gerschaft zeigen sich im Lande Bremen be-
sonders deutlich. So haben die Privatschulen
trotz allgemein zurückgehender Schülerzah-
len immer mehr Anmeldungen. Da sie durch
eigene Leistungen und gezielten ökonomi-
schen Einsatz der zur Verfügung stehenden
Mittel ihre Aufgaben besser und billiger als
öffentliche Schulen bewältigen, wird die
CDU die früheren staatlichen Zuschüsse wie-
derherstellen. Inhaltlich wird die CDU dafür
sorgen, daß Privatschulen durchgehend bis
zum Abitur gestaltet werden können, damit
sie als vollwertige Alternative die Mög-
lichkeit haben, ihrem Verfassungsauftrag gerecht
zu werden.

Radio Bremen

Die CDU tritt für die Selbständigkeit Radio
Bremens als eigenständige Rundfunk- und
Fernsehanstalt ein. Die Sendungen von
Rundfunk und Fernsehen müssen dabei
nach den Bestimmungen des Radio-
Bremen-Gesetzes „von demokratischer Ge-
sinnung und unbestechlicher Sachlichkeit ge-
tragen sein“. Die Sendungen von Radio
Bremen entsprechen nicht immer diesen ge-
setzlichen Anforderungen. Die Redakteure
und Mitarbeiter des Senders sind verpflich-
tet, diese Anforderungen einzuhalten, und
die Leitung des Senders hat die Aufgabe,
dies zu gewährleisten.

Die CDU will das Radio-Bremen-Gesetz
ändern, um eine leistungsfähige, wirtschaft-
liche und überschaubare Struktur mit ein-
deutiger personenbezogener Verantwortung
zu schaffen (unter anderem Abschaffung des
fünfköpfigen Direktoriums und Wiederein-
führung des Intendantenprinzips).

Die öffentlich-rechtlichen Anstalten werden
überwiegend durch Gebühren finanziert.
Die bisherigen Prüfberichte des Landesrech-
nungshofes lassen erkennen, daß die Forde-
rung nach Sparsamkeit von Radio Bremen
nicht erfüllt wird. Die CDU will, daß die
Radio Bremen betreffenden Berichte des

Rechnungshofes der Bremischen Bürger-
schaft zugeleitet werden, damit die Abgeord-
neten sachgerecht über Rundfunkgebühren
entscheiden können.

Schifffahrt

Die deutsche Handelschifffahrt hat für die
Wirtschaft des Landes Bremen große Bedeu-
tung. Etwa 10 Prozent der deutschen Han-
delsflotte hat ihren Heimathafen im Lande
Bremen. Die deutsche Seeschifffahrt steht
jedoch in einem tiefgreifenden Strukturwan-
del. Ihre wirtschaftlichen Rahmenbedingun-
gen verändern sich. Neue ordnungspolitische
Vorstellungen in der Dritten Welt beeinflu-
sen die Entwicklung der Schifffahrtsmärkte,
staatliche Reglementierung nimmt zu, in
vielen Ländern wird den Reedereien der
Zugang zur Ladung erschwert. Hinzu
kommen Veränderungen der internationalen
Seetransportsysteme, welche die Reedereien
zu erheblichen Investitionen in neue Schiffs-
typen mit höherer Produktivität, höherer
Technologie und hohem Kapitalaufwand
zwingen. Die Belastung der Reedereien wird
noch weiter verschärft durch schrumpfendes
Ladungsaufkommen, weltweite Tonnage-
überkapazitäten und daraus folgende Ertrags-
einbrüche.

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedin-
gungen für die deutsche Seeschifffahrt be-
rücksichtigen diese Entwicklungen nicht aus-
reichend. Das hat zum weiteren Anstieg der
Ausflagung deutscher Seeschiffe geführt.
Wegen der internationalen Wettbewerbsver-
zerrungen wird diese Tendenz weiter anhal-
ten. Letztlich kann das zu einer vollständigen
Verlagerung der deutschen Schifffahrtsaktivi-
täten an ausländische Standorte führen. Die
Küstenregion verliert damit eine wichtige
Schlüsselstellung und die deutsche Außen-
wirtschaft ihren Einfluß auf die internationale
Schifffahrtspolitik. Qualifizierte Arbeitsplätze
gingen in großer Zahl verloren.

Zugleich fallen die deutschen Reedereien
damit als Auftraggeber für die deutsche
Werftindustrie aus. Maßnahmen zur Gesun-
dung der deutschen Seeschifffahrt sichern
also auch Arbeitsplätze bei Werften und Zu-
lieferern. Die kritische Wirtschaftslage dieser

Industriebereiche macht schnelle und konkrete Hilfen für die Seeschifffahrt nötig. Die CDU wird sich daher dafür einsetzen, daß die Wettbewerbsverzerrungen zuerst innerhalb der EG abgebaut werden. Die deutsche Handelsschifffahrt muß außerdem durch bilaterale Abkommen vor dirigistischen Maßnahmen anderer Schifffahrtsnationen geschützt werden. Bis dahin müssen nationale Hilfen die Nachteile für die deutsche Handelsschifffahrt ausgleichen.

Sport

Der Sport ist für die erzieherische, gesundheitliche und soziale Betreuung der Bevölkerung unersetzlich. Zudem erhöht die zunehmende Freizeit das Interesse an sportlicher Betätigung und damit die Anforderungen an die Sportvereine. Die Schaffung ausreichender Möglichkeiten sportlicher Betätigung durch Bau von Sportanlagen und Förderung der Sportvereine ist daher ein Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und Teil der Gesundheitspolitik. Die CDU fordert eine Verbesserung des Sportstättenangebots entsprechend dem Bedarf in den einzelnen Ortsteilen, damit besonders jungen Menschen durch eine größere Auswahl von Sportarten eine sinnvolle Freizeitgestaltung ermöglicht wird.

Die CDU vertraut auf die Bereitschaft und Fähigkeit der freien Träger des Sports, ihre Aufgaben in eigener Verantwortung und Selbstverwaltung zu leisten. Die Vereine können ohne öffentliche Hilfen aber nicht die gestiegenen gesellschaftspolitischen Anforderungen erfüllen. Deshalb bedarf der Sport der kontinuierlichen und ausreichenden Förderung. Die öffentliche Sportförderung darf die Autonomie der Sportvereine aber nicht einschränken oder mit bürokratischen Auflagen belasten. Die Übungsleiter und Trainer müssen entsprechend ihrer Leistung bezahlt, die Vereine organisatorisch unterstützt werden. Für den Berufssport gelten andere Kriterien.

Die CDU will für das Land Bremen folgende Ziele in der Sportpolitik verfolgen:

- Einhaltung des von der CDU initiierten Bremischen Sportförderungsgesetzes,

- gleichberechtigte Förderung des Breiten- und Leistungssports,
- Anerkennung der ehrenamtlichen Mitarbeit in Sportvereinen und -verbänden, unter anderem durch steuerliche Begünstigung der dafür notwendigen Aufwendungen und öffentliche Herausstellung dieser Tätigkeiten,
- Fortführung des Sportstättenbaus unter Berücksichtigung der gewandelten Ansprüche im Freizeitsport,
- Erteilung des in den Lehrplänen ausgewiesenen Sportunterrichtes an Schulen und Hochschulen,
- Ausbildung und Einstellung einer ausreichenden Zahl von Sportlehrern und Bereitstellung entsprechender Schulsportanlagen, die auch soweit wie möglich den Sportvereinen zur Benutzung überlassen werden,
- Erweiterung des Sportangebots zur Rehabilitation und für Behinderte,
- Entlastung der Sportvereine im steuerlichen Bereich,
- Ausbau der sportmedizinischen Untersuchungen,
- finanzielle Förderung auch der Vereine, die eigene Sportanlagen unterhalten.

Strafvollzug

Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten. An diesem Ziel ist das Bestreben nach Wiedereingliederung von Straftätern auszurichten und findet es seine Grenzen. Die Strafe hat zudem auch Sühnecharakter für begangenes Unrecht. Die vom Strafvollzugsgesetz erhobenen Forderungen zur Durchführung eines auf Resozialisierung ausgerichteten Behandlungsvollzuges sind in keiner Weise erfüllt worden. Das Land Bremen beschäftigt im Vergleich zu den übrigen Bundesländern die wenigsten Bewährungshelfer. Dadurch erhöht sich die Rückfallgefahr für die Entlassenen.

Bei allen Maßnahmen des Strafvollzugs darf der Sicherheitsanspruch der Bürger nicht vernachlässigt werden.

Die CDU will

- die Anleitung zu geregelter und geordneter Arbeit als wichtigste Behandlungsmaßnahme in den Mittelpunkt stellen,
- Vollzugslockerungen nur solchen Strafgefangenen gewähren, die ihre Mitarbeitsbereitschaft an den Vollzugszielen gezeigt haben,
- die Gefangenen auf die Situation nach der Haftentlassung vorbereiten,
- die Entlassenenhilfe ausbauen,
- den möglichen Erfolg von Behandlungs- und Erziehungsmaßnahmen realistisch einschätzen und die Gefangenen nicht zum Experimentierobjekt von Theorien machen,
- bildungswilligen und -fähigen Gefangenen während der Haft Gelegenheit zur Aus- und Fortbildung sowie zur Erlangung eines Berufs- und Schulabschlusses geben.

Süchtige Gefangene sind isoliert unterzubringen und einer Therapie zuzuführen, denn drogensüchtige Strafgefangene gefährden den Behandlungsvollzug und verleiten andere Gefangene zur Abhängigkeit. Durch verschärfte Kontrollen ist sicherzustellen, daß Suchtmittel aller Art von Insassen der Justizvollzugsanstalten ferngehalten werden.

Die Arbeitsbedingungen und Ausbildung der Bediensteten im Strafvollzug müssen so beschaffen sein, daß sie die Aufgaben des Behandlungsvollzuges oder eines behandlungsorientierten Strafvollzuges mit Erfolg wahrnehmen können.

Suchtgefahren

Die Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentensucht - sie alle fallen unter den Begriff „Drogen“ - hat ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß der Mißbrauch von Drogen gewissen Modeströmungen unterliegt. Häufigste Einstiegsdroge ist heute der Alkohol. Der Anteil der Alkoholkranken

in unserer Gesellschaft steigt. Die nachteiligen Folgen für den einzelnen, seine Familie und die Gesellschaft sind groß, der volkswirtschaftliche Schaden ist erheblich. Die Sucht, insbesondere bei Jugendlichen, ist angesichts der schweren Gefahren für die Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheit und Leistungsfähigkeit der heranwachsenden Generation ein besonderes familienpolitisches, gesellschaftliches und volkswirtschaftliches Problem.

Im Rahmen der Drogenbekämpfung ist eine härtere Bestrafung derjenigen notwendig, die als Geschäftemacher Leben und Gesundheit vieler Menschen, insbesondere Jugendlicher, ruinieren. Bei der Verfolgung von Dealern darf die Arbeit der Polizei nicht von anderen staatlichen Stellen behindert werden. Die CDU sieht zur Suchtverhütung einen Schwerpunkt in der Aufklärung. Dabei sind vorrangig

- Stärkung des Gesunden und insbesondere der gesunden Familie als Leitbild der Jugend,
- Vermittlung der Erkenntnis, daß Probleme nicht durch Drogen gelöst werden können,
- Aufklärung insbesondere der Eltern, Ärzte, Lehrer, Kinder und Jugendlichen über die Folgen der Abhängigkeit von Alkohol, Rauschmitteln und Medikamenten,
- keine Verharmlosung des Alkohol-, Rauschmittel- und Medikamentenmißbrauchs,
- Ausbau von Beratungsstellen mit ausreichend qualifiziertem Personal,
- Unterstützung der Selbsthilfeorganisationen,
- Abbau bürokratischer und rechtsformeller Barrieren bei der Behandlung von Suchtkranken.

Tierschutz

Das Tierschutzgesetz von 1972 ist zu novellieren, besonders im Hinblick auf die Richtlinien zur Massentierhaltung von Hühnern, Schweinen und Kalbern. Tierversuche lassen

sich zudem wesentlich reduzieren, wenn die Entwicklung alternativer Methoden vorangetrieben wird und keine neuen Gesetze erabschiedet werden, die umfangreiche Tierversuche zwingend vorschreiben. Die Ergebnisse von unumgänglichen Tierversuchen sollen in Datenbanken festgehalten und zwischen den Bundesländern ausgetauscht werden. Damit können Doppelversuche weitgehend vermieden werden. Werden Hunde und Katzen zu Versuchszwecken verwendet, so sind über ihre Herkunft Aufzeichnungen zu machen. Werden die Tiere von Dritten erworben, so sind Name und Anschrift des Vorbesitzers festzuhalten. Damit wird dem illegalen Handel mit gestohlenen Tieren vorgebeugt.

Verbrauchermärkte

In Bremen und Bremerhaven haben Errichtung und Bau großflächiger Verbraucher- märkte ein Ausmaß erreicht, daß die Attraktivität der Innenstädte beeinträchtigt und die Entwicklung von Nebenzentren ernsthaft gefährdet. Immer mehr selbständige Existenzen und eine Vielzahl von Facharbeitsplätzen und Ausbildungsstellen werden vernichtet. Die Nahversorgung der Bevölkerung ist in einigen Wohngebieten schon eingeschränkt, weil Verbrauchermärkte zahlreiche kleine Läden vernichtet haben. Dadurch ist insbesondere die Versorgung älterer Mitbürger gefährdet.

Die CDU wird das vorhandene planungsrechtliche Instrumentarium konsequent anwenden, um zu verhindern, daß durch die Errichtung weiterer Verbraucher- märkte Überkapazitäten geschaffen werden. Entsprechend den von der CDU-Bürgerschaftsfraktion mit den niedersächsischen Umlandgemeinden schon getroffenen Absprachen müssen mit diesen Verträge vom Senat bzw. Magistrat Bremerhavens geschlossen werden, die weitere Verbraucher- märkte in Bremen und Bremerhaven oder ihrer Umgebung verhindern. Damit wird verhindert, daß die Städte an Attraktivität verlieren und weiter veröden sowie bestehende Strukturen des Fach Einzelhandels im städtischen und ländlichen Raum zerstört werden.

Verbraucherzentrale

Die Verbraucherzentrale im Lande Bremen soll durch Information und Beratung dazu beitragen, daß der Verbraucher den Anbietern als gleichwertiger Marktpartner gegenüber treten kann. Dies ist besonders wichtig in Zeiten stagnierender Wirtschaftswachstums, erhöhter Arbeitslosigkeit und daraus resultierender geringerer Konsumbereitschaft des Verbrauchers. Die Gleichwertigkeit von Anbietern und Konsumenten kann nur herbeigeführt werden, wenn bei den Verbrauchern bestehende Informationsdefizite abgebaut werden. Eine wirksame Verbesserung der Situation der Verbraucher, besonders die der benachteiligten Personengruppen, ist deshalb nur erreichbar, wenn das vorhandene Potential an Mitarbeitern und Material in der Verbraucherzentrale so effektiv wie möglich eingesetzt wird.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß angesichts der der Verbraucherzentrale nur begrenzten zur Verfügung stehenden Mittel ihre Arbeit räumlich und sachlich konzentriert wird. Dabei sind als zentrale Anlaufpunkte für die Verbraucher die Verbraucherberatungsstellen Bremen-Mitte, Bremen-Nord und Bremerhaven beizubehalten. Unter den geänderten finanziellen Rahmenbedingungen kommt es dabei darauf an, ihre Aufgaben in den Bereichen Produktberatung, Reklamations- und Rechtsberatung, Ernährungswirtschaft, verbraucherkundlicher Unterricht, Budgetberatung, Wohnberatung und Energieberatung zu sichern. Darüber hinaus muß ein entsprechendes Verbraucherbewußtsein durch verbraucherkundlichen Unterricht, Verbraucherberatung und entsprechende Information geschaffen werden. Institutionen wie Interessengruppen, Vereine, Verbände, Altagestätten und Bürgerhäuser sollten verstärkt auf Anforderung die Unterstützung der Verbraucherzentrale bei Maßnahmen erhalten, die sich mit deren Zielen decken. Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß zukünftig die Verbraucherzentrale auf eine breitere Mitgliederbasis gestellt wird und die Mitgliedsverbände sich aktiv an der Arbeit beteiligen.

Vermögensbildung

Unter Verantwortung der SPD hat es keinen Fortschritt auf dem Wege zu einer Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand gegeben. Die CDU will dagegen erreichen, daß möglichst viele Bürger am Kapital der Wirtschaft beteiligt werden. Dadurch werden die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen gestärkt, der Verteilungskampf entschärft, die Produktivität erhöht, das trägt zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei, und der Gedanke der sozialen Partnerschaft wird gefördert.

Die CDU wird die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen schaffen, um die Arbeitnehmer stärker als bisher am Produktivvermögen der Unternehmen zu beteiligen. Diese Beteiligungsform wird künftig am stärksten durch finanzielle Anreize gefördert werden. Es wird dabei sichergestellt bleiben, daß die Arbeitnehmer die volle Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Anlageformen haben und für die Unternehmer das Prinzip der Freiwilligkeit nicht angetastet wird. Für die betriebliche Beteiligung der Arbeitnehmer ist eine Sicherung gegen das Risiko eines Konkurses für die Zeit von sechs Jahren in Höhe der Hälfte des Beteiligungswertes vorgesehen. Neben den neuen Beteiligungsformen werden die bewährten Säulen der Vermögensbildung, nämlich das Konten-, Bau-, Lebensversicherungs- und Beteiligungssparen, beibehalten werden.

Volkshochschule Bremen

Die Bremer Volkshochschule ist eine kommunale Weiterbildungseinrichtung. Deshalb muß ihr Programm allen gesellschaftlichen Anforderungen gerecht werden, das Veranstaltungsangebot muß bedarfsdeckend und attraktiv für alle sein, nicht nur für ausgewählte Gruppen. Spezielle Zielgruppen sollen angesprochen werden, aber Bildungsarbeit darf sich nicht ausschließlich auf Problemgruppen ausrichten. Die CDU wird dafür sorgen, daß die einseitige politische Ausrichtung von Bildungsangeboten unterbleibt. Die Politisierung der Veranstaltungen hat zu einem starken Rückgang der Teilneh-

merzahlen geführt und gefährdet die Volkshochschularbeit.

Wirtschaftskriminalität

Die Wirtschaftskriminalität - wie zum Beispiel Steuer- und Abgabenhinterziehung, Subventionsschwindel, betrügerischer Bankrott - steht in ihrer Gefährlichkeit für Staat und Gesellschaft anderen schweren Straftaten in nichts nach. Der Schaden erreicht jährlich Beträge in Milliardenhöhe. Der Staat muß zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität über geeignete Gesetze sowie ausreichende Personal- und Sachmittel verfügen. In Bremen ist die Personallage vor allem bei der Staatsanwaltschaft so schlecht, daß bei Fristen von zwei und mehr Jahren zwischen Einleitung eines Ermittlungsverfahrens und Erheben der Anklage vom Stillstand der Rechtspflege gesprochen werden muß.

Um Mißbräuche unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu verhindern, sind daher neue

- Straffung und Vereinfachung des Steuer- und Wirtschaftsrechts sowie Beschränkung auf unumgängliche Regelungen, um Anreize zur Kriminalität zu vermeiden,
- wirksamere kriminologische Erfassung und Auswertung der Wirtschaftskriminalität durch Polizei, Strafverfolgungsbehörden und Wissenschaft, Nutzung des Wissens und der jahrelangen Erfahrungen der Steuer- und Zollfahndung,
- bessere personelle und sachliche Ausstattung von Gerichten, Staatsanwaltschaft, Polizei und Gewerbeaufsichtsbehörden, damit sie die Wirtschaftskriminalität wirksam verfolgen können.

Wümmegesamtplan/ Wümmewiesen

Die Wümme mit ihren Niederungen ist im Gebiet Niedersachsens und Bremens Lebensstätte vieler seltener wildwachsender Pflanzenarten und wildlebender Tiere, und sie ist Naherholungsgebiet für die Bevölkerung. Eine Reihe von wasserbaulichen Maßnahmen in der Vergangenheit hat zu einem

teilweisen Rückgang der Tier- und Pflanzenarten sowie zu Beschränkungen in der Nutzung für die Freizeit geführt. Die CDU setzt sich daher für eine gemeinsame Wümme-Gesamtplanung von der Wümmequelle bis zur Mündung in die Lesum durch Niedersachsen und Bremen ein, die neben den landwirtschaftlichen Belangen gleichberechtigt auch die Ökologie und den Naturschutz im Wümmetal berücksichtigt. Im Bereich der Wümmewiesen müssen die Lebensstätten seltener wildwachsender Pflanzenarten und wildlebender Tierarten erhalten bleiben.

Ebenso muß gewährleistet bleiben, daß die Wümmewiesen als Rast- und Überwinterungsgebiet für Zugvögelarten bestehen bleiben. Inwiefern dabei eine Verschärfung des für einzelne Gebiete bestehenden Landschaftsschutzes zum Naturschutz hin notwendig ist, kann nur nach entsprechenden Gutachten beurteilt werden. Die CDU setzt sich dafür ein, daß die bisherige Nutzung der Wümmewiesen als Weiden und Wiesen möglich bleibt und es zu einvernehmlichen Regelungen mit den betroffenen Landwirten im Wümmegebiet kommt.

VII. Stichwortverzeichnis

	Seiten		Seiten
Abwanderung	5, 33	Kiekgarten	35
Arbeitslosigkeit	5, 9, 20	Krankenhaus	21, 25
Arbeitszeitverkürzung	9, 23	Kriminalität	23
Asylbewerber	27	Küstenstrukturprogramm	6
Atomwaffenfreie Zone	32	Kulturelle Einrichtungen	35
Ausbildungsförderung	27	Kulturpolitik	35
Ausbildungsplätze	7, 10, 15	Landschaftsschutz	19, 36
Ausländische Mitbürger	27	Landwirtschaft	36
Ausländische Schüler	14	Lehrerbildung	12, 16, 36
Baifög	27	Lehrpläne	12, 14
Baumsterben	19	Luft- und Raumfahrtindustrie	5, 9
Beräte	28	Lüneplate	6, 33
Berufsschule	15	Mammutschulen	12
Bildungspolitik	11	Mieter	37
Bürgerinitiativen	28, 30	Museen	37
Bürokratie	22	Neue Medien	7, 14, 37
Bundeswehr	32	Neue Technologien	17, 38
„C“ in der CDU	28	Orientierungsstufe	12
Datenschutz	23	Polizei	22, 23
Denkmalpflege	29	Privatschulen	11, 38
Drogenbekämpfung	20, 21, 24, 41	Radio Bremen	39
Einsparungsvorschläge	10, 24	Rationalisierung	38
Energie	7, 29	Realschule	13
Entwicklungshilfe	25, 30	Schiffbau	5, 8
Erziehung	11, 14	Schiffahrt	6, 39
Fachhochschulen	30	Schulfrieden	12
Fischerei	5, 9	Schulwahl	14
Fächennutzungsplan für die Stadt Bremen	7, 31	Sonderschule	13
Flughafen	18, 31	Sport	40
Forschung	7, 17	Stahlindustrie	5, 8
Friedenspolitik	31	Strafvollzug	40
Gesamtschule	14	Suchtgefahren	41
Gewerbeflächen	6, 8, 32	Tierschutz	41
Gleichberechtigung	33	Verbrauchermärkte	6, 7, 42
Grundschule	12, 14	Verbraucherzentrale	42
Gymnasium	13	Verkehr	7, 18
Hauptschule	13	Vermögensbildung	43
Hollerland	20, 33	Vorschulische Förderung	12
Job-Sharing	34	Volkshochschule Bremen	43
Jugendarbeitslosigkeit	10, 15, 20	Weiterbildung	16, 22
Jugendfreizeitheime	34	Werften	5, 8
Jugendpolitik	10, 20	Weser	8, 18
Kindergärten	20	Wirtschaftskriminalität	24, 43
Kinderspielplätze	34	Wohnungsbau	6, 21
Kirche und Politik	35	Wümmegesamtplan	19, 43